

Urheberrechtlich geschützt; Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des/der Innenministeriums/-senatsverwaltung des Bundes oder eines Landes.

PDV 384.1

Ausgabe 2004

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Fahndung

Vereinnahmt	Datum	Beleg-Nr./ Lfd. Nr.
Stand: 02/2004		
Ergänzung: 13.04.2005		

Einführungserlass



Baden- Württemberg



Bayern



Berlin



Brandenburg



Bremen



Hamburg



Hessen



Mecklenburg-Vorpommern



Niedersachsen



Nordrhein-Westfalen



Rheinland-Pfalz



Saarland



Sachsen



Sachsen-Anhalt



Schleswig-Holstein



Thüringen



Bund

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Änderungsnachweis

Änderung		Geändert		Unterschrift
Nr.	Datum	von Dienststelle	am	

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Änderungsnachweis

Änderung		Geändert		Unterschrift
Nr.	Datum	von Dienststelle	am	

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Inhaltsverzeichnis

Seite

1	Grundsätze	9
2	Nationale Fahndung	11
2.1	Nationale Fahndung nach Personen	11
2.1.1	Fahndungsziele	11
2.1.2	Fahndungsraum	11
2.1.2.1	Örtlicher Fahndungsraum	11
2.1.2.2	Überörtlicher Fahndungsraum	11
2.1.3	Ausschreibung	12
2.1.3.1	Allgemeines	12
2.1.3.2	Fahndungsanlass	13
2.1.3.3	Fahndungszweck	13
2.1.3.3.1	Repressiver Fahndungszweck	13
2.1.3.3.2	Präventiver Fahndungszweck	13
2.1.3.3.3	Ausländerrechtlicher Fahndungszweck	14
2.1.4	Laufzeit, Fristverlängerung und Änderung, Erledigung und Löschung im INPOL	15
2.2	Nationale Fahndung nach Sachen	15
2.2.1	Fahndungsziele	15
2.2.2	Fahndungsraum	16
2.2.2.1	Örtlicher Fahndungsraum	16
2.2.2.2	Überörtlicher Fahndungsraum	16
2.2.3	Ausschreibung	16
2.2.3.1	Allgemeines	17
2.2.3.2	Fahndungsanlass	17
2.2.3.3	Fahndungszweck	17
2.2.3.4	Sonderfälle der Ausschreibung	18
2.2.3.4.1	Ausschreibung von Sachen ohne individuelle alphanumerische Kennzeichnung	18
2.2.3.4.2	Ausschreibung von Banknoten	18
2.2.3.4.3	Ausschreibung von Personaldokumenten und sonstigen fahndungsrelevanten Legitimationen	19
2.2.4	Laufzeit, Fristverlängerung und Änderung, Erledigung und Löschung im INPOL	19

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

3	Internationale Fahndung	21
3.1	Internationale Fahndung nach Personen	21
3.1.1	Fahndungsziel	21
3.1.2	Fahndungsraum	21
3.1.2.1	Schengen-Staaten	21
3.1.2.2	Interpol-Staaten	22
3.1.2.3	Sonstige Staaten	22
3.1.3	Ausschreibung	22
3.1.3.1	Ausgehende Fahndungsersuchen	22
3.1.3.1.1	Ausgehende Fahndungsersuchen im SIS	22
3.1.3.1.2	Ausgehende Fahndungsersuchen über Interpol	22
3.1.3.2	Eingehende Fahndungsersuchen	23
3.1.3.2.1	Eingehende Fahndungsersuchen im SIS	23
3.1.3.2.2	Eingehende Fahndungsersuchen über Interpol	23
3.1.4	Laufzeit und Trefferfall, Fristverlängerung und Änderung, Erledigung und Löschung	23
3.2	Internationale Fahndung nach Sachen	23
3.2.1	Fahndungsziel	23
3.2.2	Fahndungsraum	23
3.2.2.1	Schengen-Staaten	23
3.2.2.2	Interpol-Staaten	24
3.2.2.3	Sonstige Staaten	24
3.2.3	Ausschreibung	24
3.2.3.1	Ausgehende Fahndungsersuchen	24
3.2.3.1.1	Ausgehende Fahndungsersuchen im SIS	24
3.2.3.1.2	Ausgehende Fahndungsersuchen über Interpol	24
3.2.3.2	Eingehende Fahndungsersuchen	25
3.2.3.2.1	Eingehende Fahndungsersuchen im SIS	25
3.2.3.2.2	Eingehende Fahndungsersuchen über Interpol	25
3.2.4	Laufzeit und Trefferfall, Fristverlängerung und Änderung, Erledigung und Löschung	25
4	Fahndungsmaßnahmen	27
5	Fahndungsarten	29
5.1	Tatortbereichsfahndung	29
5.2	Alarmfahndung	30
5.2.1	Ringalarmfahndung	30
5.2.2	Grenzalarmfahndung, Landesalarmfahndung, Bundesalarmfahndung	33
5.3	Schwerpunktfahndung	35
5.4	Zielfahndung	38

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

5.5	Vorrangfahndung.....	39
5.6	Öffentlichkeitsfahndung.....	40
5.7	Weitere Fahndungsarten.....	42
5.7.1	Rasterfahndung.....	42
5.7.2	Fahndung in Datennetzen.....	43
5.7.3	Schleppnetzfangndung.....	43
5.7.4	Verkehrswegesofortfangndung.....	44
5.7.5	Verdachts- und ereignisunabhängige Fahndung.....	44
6	Fahndungshilfsmittel.....	47
6.1	Allgemeines.....	47
6.2	Interne Fahndungshilfsmittel.....	47
6.3	Externe Fahndungshilfsmittel.....	49
6.4	Sonstige Fahndungshilfsmittel.....	49

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Anlagen

- | | |
|------------------|--|
| Anlage 1 | Fahndungsersuchen |
| Anlage 2 | Regelungen für die Fahndung nach Personen im Informationssystem der Polizei |
| Anlage 3 | Regelungen für die Fahndung nach Sachen im Informationssystem der Polizei |
| Anlage 4 | Regelungen für die Fahndung nach Personen und Sachen im Schengener Informationssystem |
| Anlage 5 | Regelungen für die Ausschreibung im Bundeskriminalblatt und in den Landeskriminalblättern sowie deren Herausgabe |
| Anlage 6 | Merkblatt für Kontrollstellen (Muster) |
| Anlage 7 | Kontrollliste (Muster) |
| Anlage 8 | Merkblatt für Fahndungsinformationen |
| Anlage 9 | Anordnung einer Grenzalarmfahndung, Landesalarmfahndung, Bundesalarmfahndung/Schwerpunktfahndung (Muster) |
| Anlage 10 | Vorrangfahndung |
| Anlage 11 | Grundsätze für die bundesweite Ausstrahlung von Fahndungsmeldungen im Fernsehen
(Fassung vom 24. Juni 1987) |
| Anlage 12 | Kriterienkatalog für unter Mitwirkung der Polizei von den Medien initiierte Fernsehproduktionen zum Zwecke der Öffentlichkeitsfahndung
(IMK-Beschluss vom 08.05.1998) |
| Anlage 13 | Gemeinsame Bekanntmachung des ... [Justizministeriums] und des ... [Innenministeriums] über die Inanspruchnahme von Publikationsorganen und die Nutzung des Internets sowie anderer elektronischer Kommunikationsmittel zur Öffentlichkeitsfahndung nach Personen im Rahmen von Strafverfahren
(„Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren [RiStBV]“, Anlage B)
(Fassung vom 17.11.2004) |
| Anlage 14 | Fachbegriffe |
| Anlage 15 | Abkürzungsverzeichnis |

Anmerkung:

Soweit Personen- und Funktionsbezeichnungen aus Gründen der Lesbarkeit nur in der männlichen Form verwendet werden, gelten sie gleichermaßen für Frauen

1 Grundsätze

1.1 Fahndung im polizeitaktischen Sinn ist die planmäßige, allgemeine oder gezielte Suche nach Personen oder Sachen im Rahmen der

- Strafverfolgung
- Strafvollstreckung
- Gefahrenabwehr
- Durchführung ausländerrechtlicher Maßnahmen

Es sollen fahndungsrelevante Feststellungen, insbesondere über Täter, Tathergang, Bewaffnung, Fluchtzeit, Fluchtweg, Fluchtfahrzeuge, Zeugen, Beweismittel getroffen werden.

Die Fahndung dient darüber hinaus der Verdachtsgewinnung.

1.2 Fahndung ist ein wesentlicher Bestandteil polizeilicher Aufgabenerfüllung. Sie ist auch ohne besonderen Auftrag Aufgabe jedes Polizeibeamten.

1.3 Die Fahndung erfolgt insbesondere auf Grund von Hinweisen, Auswertungsergebnissen, polizeilich relevanten Ereignissen oder Ersuchen. Sie kann auch ohne konkreten Anlass durchgeführt werden.
Ggf. sind Fahndungskonzeptionen zu erstellen.

1.4 Art, Umfang und Intensität der Fahndung richten sich nach Anlass, Schwere der Tat und deren Sozialschädlichkeit.
Die Auswirkung der Maßnahmen auf die Bevölkerung ist zu berücksichtigen; die Wirkung in der Öffentlichkeit ist zu bedenken.

1.5 Die jeweiligen landes- und bundesrechtlichen sowie die internationalen Regelungen sind zu beachten.

Darüber hinaus sind die PDV 384.2 VS-NfD, die PDV 389, der LF 355, der LF 371 sowie die „Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV)“ zu beachten.

2 Nationale Fahndung

2.1 Nationale Fahndung nach Personen

2.1.1 Fahndungsziele

Ziele der Fahndung nach Personen sind insbesondere die Ermittlung von

- Personen, die sich der Strafverfolgung, der Strafvollstreckung, dem Strafvollzug oder dem Vollzug anderer freiheitsentziehender oder freiheitsbeschränkender Anordnungen von Justiz- oder Verwaltungsbehörden entziehen
- Personen, die trotz bestehender Ausschreibung zur Einreiseverweigerung in das Gebiet der Staaten, die den Schengener Besitzstand anwenden (Schengen-Staaten), einreisen wollen oder sich dort unerlaubt aufhalten
- Zeugen und Auskunftspersonen
- Vermissten
- Personen, von denen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgeht
- Personen zur Sicherstellung von Führerscheinen
- Personen zur Feststellung der Identität
- Personen zur Durchführung von erkennungsdienstlichen Maßnahmen
- Personen zur Durchführung von DNA-Probenentnahmen

2.1.2 Fahndungsraum

2.1.2.1 Örtlicher Fahndungsraum

Die Fahndung findet grundsätzlich im Bereich der örtlich zuständigen Polizeidienststelle/-behörde statt.

2.1.2.2 Überörtlicher Fahndungsraum

- 2.1.2.2.1 Die Fahndung ist überörtlich einzuleiten, wenn zu vermuten ist, dass die Person sich nicht oder nicht mehr im Bereich der örtlich zuständigen Polizeidienststelle/-behörde aufhält und Informationen vorliegen, die das Erkennen der Person ermöglichen.

Es sind nur solche Behörden, Dienststellen und sonstige Stellen einzubeziehen, von denen nach dem Sachstand Erkenntnisse erwartet werden können.

Alle beteiligten Polizeidienststellen werten ihre Informationen aus und geben sachdienliche Hinweise. Das Sammeln, Bewerten, Aufbereiten und ggf. Steuern von Informationen ist grundsätzlich Aufgabe der Zentralstellen der Länder und des Bundes.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

- 2.1.2.2.2 In jedem Land und beim Bund ist eine Polizeidienststelle zu bestimmen, die bei länderübergreifenden herausragenden Fahndungslagen alle unterstützenden und begleitenden Maßnahmen für die zuständige Polizeidienststelle koordiniert.

Zeichnet sich in herausragenden Fahndungslagen eine länderübergreifende Lageentwicklung ab, ist in jedem voraussichtlich betroffenen Land eine Polizeidienststelle für die Führungsübernahme vorsorglich zu bestimmen und deren Erreichbarkeit den Zentralstellen der Länder und des Bundes mitzuteilen.

Alle an der Fahndung beteiligten Polizeidienststellen sind über relevante Lageentwicklungen umgehend, umfassend und regelmäßig zu informieren.

2.1.3 Ausschreibung

Ausschreibung ist die Aufnahme von Fahndungsdaten in Fahndungshilfsmittel. Sie ist unverzüglich von der Polizeidienststelle zu veranlassen, die den Sachverhalt aufgenommen hat bzw. welcher der Sachverhalt zur Kenntnis gebracht wurde.

Die Ausschreibung ist grundsätzlich befristet und kann räumlich beschränkt werden.

2.1.3.1 Allgemeines

2.1.3.1.1 Regelungen für die Ausschreibung

- im Informationssystem der Polizei (INPOL) enthält Anlage 2
- im Schengener Informationssystem (SIS) enthält Anlage 4
- im Bundeskriminalblatt (BKBl.)/in den Landeskriminalblättern (LKBl.) enthält Anlage 5

Erfolgt die Ausschreibung in anderen Fahndungshilfsmitteln, gelten die länder- bzw. bundesspezifischen Regelungen.

2.1.3.1.2 Vor der Ausschreibung von Ausländern ist grundsätzlich beim Ausländerzentralregister (AZR) anzufragen, ob der Aufenthalt des Gesuchten bekannt ist.

2.1.3.1.3 Ersuchen auf Ausschreibung im INPOL und im SIS sind der für die Dateneingabe zuständigen Polizeidienststelle zu übersenden. Es ist darauf hinzuwirken, dass Ausschreibungersuchen inländischer außerpolizeilicher Dienststellen und Behörden mit dem für die Fahndung nach Personen vorgesehenen Vordruck gestellt werden.

2.1.3.1.4 Eine Ausfertigung des Ausschreibungersuchens ist der für den letzten Wohnsitz oder den ständigen Aufenthaltsort der betroffenen Person örtlich zuständigen Polizeidienststelle zur Fahndung zuzuleiten.

2.1.3.1.5 Für die Rechtmäßigkeit und den Inhalt der Ausschreibung trägt die ersuchende Dienststelle/Behörde die Verantwortung. Die ersuchte Polizeidienststelle ist für die Dateneingabe bzw. die Aufnahme in Fahndungshilfsmittel verantwortlich; dort sind die Ausschreibungsunterlagen bis zur Löschung aufzubewahren.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

2.1.3.2 Fahndungsanlass

Der Fahndungsanlass ergibt sich aus Erfordernissen der Strafverfolgung, der Strafvollstreckung, der Gefahrenabwehr oder der Durchführung ausländerrechtlicher Maßnahmen.

2.1.3.3 Fahndungszweck

2.1.3.3.1 Repressiver Fahndungszweck

Zum Zwecke der Strafverfolgung bzw. der Strafvollstreckung können Personen ausgeschrieben werden zur

- Festnahme
- Aufenthaltsermittlung
- Feststellung der Identität, auch dann, wenn nur Aliaspersonalien bekannt sind
- Durchführung von erkennungsdienstlichen Maßnahmen
- Durchführung von DNA-Probenentnahmen
- Sicherstellung von Führerscheinen, wenn ihnen die Fahrerlaubnis entzogen oder die vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis angeordnet wurde und sie den Führerschein bei der zuständigen Dienststelle/Behörde nicht abgegeben haben oder der Führerschein nicht eingezogen werden konnte
- Durchsetzung eines Fahrverbots
 - bei Inhabern einer inländischen Fahrerlaubnis, wenn sie den Führerschein bei der zuständigen Dienststelle/Behörde nicht abgegeben haben und der Versuch einer Sicherstellung bzw. Beschlagnahme erfolglos geblieben ist
 - bei Inhabern einer ausländischen Fahrerlaubnis, wenn im Inland ein Fahrverbot erteilt wurde

2.1.3.3.2 Präventiver Fahndungszweck

Zum Zwecke der Gefahrenabwehr können Personen ausgeschrieben werden zur

- Ingewahrsamnahme
 - wenn diese unerlässlich ist, um die unmittelbar bevorstehende Begehung oder Fortsetzung einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit von erheblicher Bedeutung für die Allgemeinheit zu verhindern
 - bei Warnmeldungen von Sicherheitsbehörden anderer Staaten, um eine unmittelbar bevorstehende Gefahr für Leib, Leben, Freiheit oder wesentliche Vermögenswerte abzuwehren. Die Ausschreibung erfolgt durch das Bundeskriminalamt (BKA) oder bei Zuständigkeit eines Landes durch die zuständige Landesbehörde. Bei Ausländern erfolgt zusätzlich eine Ausschreibung zur Einreiseverweigerung durch die Grenzpolizeibehörde.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

- wenn sie an einer übertragbaren Krankheit im Sinne des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz - IfSG) erkrankt sind und sich der gerichtlich angeordneten Unterbringung entziehen
- wenn sie psychisch erkrankt sind und sich der gerichtlich angeordneten Unterbringung entziehen
- wenn es sich um vermisste Minderjährige handelt
- wenn es sich um vermisste Volljährige handelt, bei denen eine Gefahr für Leib oder Leben angenommen werden kann (PDV 389)
- wenn sie Opfer einer Kindesentziehung geworden sind
- Aufenthaltsermittlung
 - wenn es sich um vermisste Volljährige handelt, die nicht in Gewahrsam genommen werden sollen
 - wenn es sich um Zeugen oder Auskunftspersonen handelt
- Kontrolle,
soweit nach Polizeirecht zulässig
- Durchführung von erkennungsdienstlichen Maßnahmen
- Durchführung von DNA-Probenentnahmen

2.1.3.3.3 Ausländerrechtlicher Fahndungszweck

Zum Zwecke der Durchführung ausländerrechtlicher Maßnahmen können Ausländer ausgeschrieben werden zur

- Festnahme
 - zum Zwecke der Aufenthaltsbeendigung durch die Ausländerbehörden, wenn die Voraussetzungen für eine Ausweisung oder Abschiebung vorliegen und der Aufenthalt in Deutschland unbekannt ist
 - wenn eine vollziehbare Ausweisungs-/Abschiebungsverfügung vorliegt und die zum Verlassen des Bundesgebietes bestimmte Frist abgelaufen ist
 - wenn sie abgeschoben worden sind
 - wenn sie gemäß § 57 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) zurückgeschoben worden sind
- Aufenthaltsermittlung
 - wenn sie von Ausländerbehörden, Aufnahmeeinrichtungen oder dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gesucht werden, der Aufenthaltsort unbekannt ist und Auflagen nicht beachtet wurden
- Zurückweisung/Einreiseverweigerung
 - wenn zum Zeitpunkt der Einreise die Voraussetzungen des Artikels 96 des Schengener Durchführungsübereinkommens (SDÜ) - Drittausländer - vorliegen. Beim Antreffen im Inland sind Art und Umstände der Einreise und des Aufenthalts zu prüfen und ggf. aufenthaltsbeendende Maßnahmen einzuleiten.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

- Prüfung ausländerrechtlicher Maßnahmen

- wenn die zur Ausreise gesetzte Frist abgelaufen und die ausgestellte Grenzübertrittsbescheinigung bei der Ausländerbehörde nicht eingegangen ist
- wenn sie auf Grund des Verdachts der unerlaubten Arbeitsaufnahme von den Grenzbehörden zurückgewiesen worden sind und bei ihnen zu vermuten ist, dass sie versuchen werden, aus diesem Anlass erneut einzureisen. Beim Antreffen im Inland ist der rechtmäßige Aufenthalt nach dem Aufenthaltsgesetz zu prüfen und es sind ggf. aufenthaltsbeendende Maßnahmen in Absprache mit der örtlich zuständigen Ausländerbehörde zu treffen. An der Grenze sind die Voraussetzungen für die Einreise zu prüfen.
- wenn sie unter Verstoß gegen § 95 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG eingereist sind oder den Versuch unternommen haben und sie zurückgewiesen, zurückgeschoben, ausgewiesen oder abgeschoben worden sind. Dies gilt nicht für Personen im Sinne des § 95 Abs. 5 AufenthG und für Staatsangehörige aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU).
- wenn sie nach strafbarer unerlaubter Einreise - einschließlich des Versuchs gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 Nr. 1 AufenthG - zurückgewiesen, zurückgeschoben oder abgeschoben worden sind. Dies gilt nicht für Personen im Sinne des § 95 Abs. 5 AufenthG und für Staatsangehörige aus den Mitgliedstaaten der EU.

2.1.4 Laufzeit, Fristverlängerung und Änderung, Erledigung und Löschung im INPOL

Regelungen enthält Anlage 2.

2.2 Nationale Fahndung nach Sachen

2.2.1 Fahndungsziele

Ziele der Fahndung nach Sachen sind insbesondere die

- Ermittlung von Sachen, die zur Begehung einer Straftat benutzt oder durch sie hervorgebracht wurden oder in anderer Weise für ein Strafverfahren von Bedeutung sind
- Erkennung missbräuchlicher Benutzer von Personaldokumenten und sonstigen fahndungsrelevanten Legitimationen
- Wiederbeschaffung von Sachen, die durch eine Straftat oder sonst abhanden gekommen sind
- Sicherstellung von Sachen, von denen eine Gefahr ausgeht
- Eigentümer-/Besitzerermittlung von Sachen, die nach Sicherstellung zunächst nicht zugeordnet werden können
- Unterstützung der Fahndung nach Personen

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

2.2.2 Fahndungsraum

2.2.2.1 Örtlicher Fahndungsraum

Die Fahndung findet grundsätzlich im Bereich der örtlich zuständigen Polizeidienststelle/-behörde statt.

2.2.2.2 Überörtlicher Fahndungsraum

2.2.2.2.1 Die Fahndung ist überörtlich einzuleiten, wenn zu vermuten ist, dass die Sache sich nicht oder nicht mehr im Bereich der örtlich zuständigen Polizeidienststelle/-behörde befindet und Informationen vorliegen, die das Erkennen der Sache ermöglichen.

Es sind nur solche Behörden, Dienststellen und sonstige Stellen einzubeziehen, von denen nach dem Sachstand Erkenntnisse erwartet werden können.

Alle beteiligten Polizeidienststellen werten ihre Informationen aus und geben sachdienliche Hinweise. Das Sammeln, Bewerten, Aufbereiten und ggf. Steuern von Informationen ist grundsätzlich Aufgabe der Zentralstellen der Länder und des Bundes.

2.2.2.2.2 In jedem Land und beim Bund ist eine Polizeidienststelle zu bestimmen, die bei länderübergreifenden herausragenden Fahndungslagen alle unterstützenden und begleitenden Maßnahmen für die zuständige Polizeidienststelle koordiniert.

Zeichnet sich in herausragenden Fahndungslagen eine länderübergreifende Lageentwicklung ab, ist in jedem voraussichtlich betroffenen Land eine Polizeidienststelle für die Führungsübernahme vorsorglich zu bestimmen und deren Erreichbarkeit den Zentralstellen der Länder und des Bundes mitzuteilen.

Alle an der Fahndung beteiligten Polizeidienststellen sind über relevante Lageentwicklungen umgehend, umfassend und regelmäßig zu informieren.

2.2.3 Ausschreibung

Ausschreibung ist die Aufnahme von Fahndungsdaten in Fahndungshilfsmittel. Sie ist unverzüglich von der Polizeidienststelle zu veranlassen, die den Sachverhalt aufgenommen hat bzw. welcher der Sachverhalt zur Kenntnis gebracht wurde.

Die Ausschreibung ist grundsätzlich befristet und kann räumlich beschränkt werden.

Auch Sachen ohne individuelle alphanumerische Kennzeichnung können ausgeschrieben werden (Nr. 2.2.3.4.1).

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

2.2.3.1 Allgemeines

2.2.3.1.1 Regelungen für die Ausschreibung

- im INPOL enthält Anlage 3
- im SIS enthält Anlage 4
- im BKBl./in den LKBl. enthält Anlage 5

Erfolgt die Ausschreibung in anderen Fahndungshilfsmitteln, gelten die länder- bzw. bundesspezifischen Regelungen.

2.2.3.1.2 Ersuchen auf Ausschreibung im INPOL und im SIS sind der für die Dateneingabe zuständigen Polizeidienststelle zu übersenden. Es ist darauf hinzuwirken, dass Ausschreibungsersuchen inländischer außerpolizeilicher Dienststellen und Behörden mit dem für die Fahndung nach Sachen vorgesehenen Vordruck gestellt werden.

Für die Rechtmäßigkeit und den Inhalt der Ausschreibung trägt die ersuchende Dienststelle/Behörde die Verantwortung. Die ersuchte Polizeidienststelle ist für die Dateneingabe bzw. die Aufnahme in Fahndungshilfsmittel verantwortlich. Die Ausschreibungsunterlagen sind bei der ersuchenden Dienststelle/Behörde bis zur Löschung aufzubewahren.

2.2.3.2 Fahndungsanlass

Der Fahndungsanlass ergibt sich aus Erfordernissen der Strafverfolgung, der Strafvollstreckung und der Gefahrenabwehr.

2.2.3.3 Fahndungszweck

Es können Sachen ausgeschrieben werden zur

- Sicherstellung/Beschlagnahme, insbesondere zur
 - Beweissicherung
 - Einziehung, zum Verfall, z.B. Vermögensabschöpfung
 - kriminaltechnischen Untersuchung
 - Eigentumssicherung
 - Gefahrenabwehr
- Insassenfeststellung,
zur Unterstützung der Fahndung nach Personen können insbesondere Kfz ausgeschrieben werden, wenn Anhaltspunkte bestehen, dass diese von gesuchten Personen genutzt werden
- Eigentümer-/Besitzerermittlung
- Feststellung der Identität einer Person
- Kontrolle,
soweit nach Polizeirecht zulässig
- Entstempelung von Fahrzeugkennzeichen

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

2.2.3.4 Sonderfälle der Ausschreibung

2.2.3.4.1 Ausschreibung von Sachen ohne individuelle alphanumerische Kennzeichnung

Diese Sachen können ausgeschrieben werden, wenn eine aussagekräftige Beschreibung vorhanden ist.

Für eine Ausschreibung im BKBl./LKBl. müssen darüber hinaus Abbildungen vorliegen.

Umfasst sind vor allem Kunstwerke oder sonstige kulturhistorisch wertvolle Sachen, z.B. Gemälde, Druckgrafiken, Zeichnungen, Ikonen, Figuren, sowie Wertgegenstände, z.B. Schmuck, Pelze.

Sofern die Schwere des Delikts oder die Besonderheit der Sache es erfordern, kann eine Ausschreibung auch dann erfolgen, wenn eine Sache zwar über eine individuelle alphanumerische Kennzeichnung verfügt, diese aber zum Zeitpunkt des Abhandenkommens nicht bekannt ist.

Daten dieser Sachen sind der jeweiligen Zentralstelle des Landes oder des Bundes zur Ausschreibung zu übermitteln. Die „Richtlinien für den Kriminalpolizeilichen Meldedienst (KPMD)“ sind zu beachten.

2.2.3.4.2 Ausschreibung von Banknoten

Für die Fahndung nach größeren Mengen von registrierten Banknoten, die auf Grund von Täterforderungen im Zusammenhang mit Entführungen, Geiselnahmen oder herausragenden Erpressungen im polizeitaktischen Sinne übergeben werden sollen, gelten die nachfolgenden Regelungen.

Die registrierten Banknoten sind im INPOL und im SIS auszuschreiben. Die Fahndungsdaten werden grundsätzlich durch das BKA eingegeben.

Vor der Eingabe der Fahndungsdaten hat das BKA die Landeskriminalämter (LKÄ) zu informieren. Sollte die Eingabe der Fahndungsdaten durch ein Landeskriminalamt (LKA) erfolgen, so hat dieses das BKA und die übrigen LKÄ zu informieren.

Der Zeitpunkt der Dateneingabe richtet sich ausschließlich nach polizeitaktischen Gesichtspunkten. In der Regel sind die Fahndungsdaten erst dann einzugeben, wenn die registrierten Banknoten übergeben worden und der polizeilichen Einwirkungsmöglichkeit entzogen sind.

Rechtzeitig vor Übergabe der registrierten Banknoten hat die sachbearbeitende Polizeidienststelle das LKA zu informieren und die für die Eingabe der Fahndungsdaten relevanten Informationen zu übermitteln

- ausschreibende Polizeidienststelle/Geschäftszeichen
- Anlass und Zweck der Ausschreibung
- Paketnummern, Wert, Stückelung und Währung

Die Erfassung eines Musterdatensatzes ist zu empfehlen.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Das LKA ist unverzüglich von der Übergabe zu informieren. Es leitet die Information an das BKA weiter und initiiert die Speicherung der Fahndungsdaten.

Die Fahndungsdaten werden bis auf Widerruf ausgeschrieben. Die sachbearbeitende Polizeidienststelle hat nach drei Jahren zu prüfen, ob die Ausschreibung gelöscht werden kann.

Nach Übergabe der registrierten Banknoten ist unverzüglich eine lageangepasste Warnmeldung an Geldinstitute („Bankenwarnung“) zu veranlassen.

Die Ausschreibung von anderen registrierten Banknoten oder von „Registriergeld Banken“ richtet sich nach Nr. 2.2.3.

2.2.3.4.3 Ausschreibung von Personaldokumenten und sonstigen fahndungsrelevanten Legitimationen

Es sind alle abhanden gekommenen Personaldokumente und sonstige fahndungsrelevanten Legitimationen, z.B. Pässe, Personalausweise, Führerscheine, Visa, Aufenthaltstitel, Waffenscheine, sowie entsprechende Blanko-Vordrucke auszuschreiben.

Darüber hinaus sind totalgefälschte Personaldokumente und sonstige fahndungsrelevante Legitimationen auszuschreiben, wenn zu erwarten ist, dass weitere Exemplare einer Fälschungsserie benutzt werden. Die Ausschreibung dient auch der Verdachtsgewinnung sowie dem Erkennen derartiger Totalfälschungen und weiterer Straftaten.

2.2.4 Laufzeit, Fristverlängerung und Änderung, Erledigung und Löschung im INPOL

Regelungen enthält Anlage 3.

3 Internationale Fahndung

Die internationale Fahndung umfasst die Suche nach Personen oder Sachen

- im Ausland auf Ersuchen einer inländischen Polizeidienststelle oder Justizbehörde
- im Inland auf Ersuchen einer ausländischen Polizeidienststelle oder Justizbehörde

Die Fahndung im Ausland setzt die Fahndung im Inland voraus. Die Ausschreibung im Inland muss einen Hinweis auf die Fahndung im Ausland enthalten.

Insbesondere auf

- das SDÜ
- das Gesetz über die Internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRG)
- die „Richtlinien für den Verkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen Angelegenheiten (RiVAST)“
- die RiStBV, Anlage F

wird hingewiesen.

3.1 Internationale Fahndung nach Personen

3.1.1 Fahndungsziel

Ziel ist die Ermittlung von Personen, insbesondere zur

- Festnahme zwecks Auslieferung/Überstellung
- Ingewahrsamnahme
- Aufenthaltsermittlung
- Einreiseverweigerung oder Einleitung aufenthaltsbeendender Maßnahmen, wenn sie trotz Verbots in das Gebiet der Schengen-Staaten einreisen wollen oder sich dort unerlaubt aufhalten
- gezielten Kontrolle

3.1.2 Fahndungsraum

3.1.2.1 Schengen-Staaten

Fahndungen in den Schengen-Staaten erfolgen grundsätzlich über das SIS; eine Beschränkung auf einzelne Schengen-Staaten, die das SIS anwenden, oder eine Verknüpfung von Fahndungen nach Personen und Sachen sind nicht möglich.

Für Schengen-Staaten, die das SIS noch nicht anwenden, gilt Nr. 3.1.2.2.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

3.1.2.2 Interpol-Staaten

Fahndungen in Staaten, die Interpol angehören und die nicht Schengen-Staaten sind bzw. als Schengen-Staaten das SIS noch nicht anwenden, werden über die Internationale Kriminalpolizeiliche Organisation (IKPO-Interpol) durchgeführt.

Die Fahndung kann auf einzelne Staaten oder Staatengruppen beschränkt werden.

Eine Fahndung über Interpol in den Schengen-Staaten, die das SIS anwenden, ist grundsätzlich nicht möglich; Fahndungen im SIS und über Interpol können jedoch nebeneinander durchgeführt werden.

3.1.2.3 Sonstige Staaten

Staaten, die weder Schengen-Staaten sind noch Interpol angehören, werden vom BKA zur Mitfahndung ersucht, wenn dies von der Staatsanwaltschaft (StA) oder einer Polizeidienststelle beantragt wird und Anhaltspunkte vorliegen, dass die gesuchte Person sich in diesem Staat aufhält.

3.1.3 Ausschreibung

3.1.3.1 Ausgehende Fahndungersuchen

3.1.3.1.1 Ausgehende Fahndungersuchen im SIS

Für die Ausschreibung im SIS gilt Anlage 4.

Bei Ausschreibungen nach den Artikeln 95 bis 98 SDÜ erfolgt die Eingabe des Fahndungsdatensatzes durch die für die Erfassung zuständige Polizeidienststelle.

Zur Fahndung zwecks Festnahme und Auslieferung/Überstellung erstellt die StA den Europäischen Haftbefehl. Er ist über die LKA bzw. die Bundespolizeidirektion an das BKA zu übermitteln.

3.1.3.1.2 Ausgehende Fahndungersuchen über Interpol

Zur Fahndung zwecks Festnahme und Auslieferung/Überstellung erstellt die StA den Europäischen Haftbefehl. Er ist über die LKA bzw. die Bundespolizeidirektion an das BKA zu übermitteln.

Für Staaten, die den Europäischen Haftbefehl nicht anwenden, ist eine Erklärung beizufügen, dass im Fall der Ermittlung des Gesuchten ein Auslieferungersuchen angeregt werden wird (mit Namen des Staatsanwalts und Geschäftszeichen der StA).

Sofern beschaffbar, sind Lichtbilder des Gesuchten beizufügen.

Völkerrechtliche Vereinbarungen zur Regelung von Fahndungen im unmittelbaren Dienstverkehr der zuständigen Polizeidienststelle mit dem Ausland bleiben davon unberührt. In diesen Fällen informiert die zuständige Polizeidienststelle unverzüglich über das LKA bzw. die Bundespolizeidirektion das BKA.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

3.1.3.2 Eingehende Fahndungsersuchen

3.1.3.2.1 Eingehende Fahndungsersuchen im SIS

Fahndungsersuchen aus den Schengen-Staaten, die das SIS anwenden, sind im SIS abfragbar und berechtigen zur Durchführung der in der Ausschreibung bezeichneten Maßnahmen.

Bei Ersuchen um Festnahme zur Auslieferung/Überstellung richtet sich die vorläufige Festnahme nach § 19 IRG.

3.1.3.2.2 Eingehende Fahndungsersuchen über Interpol

Bei Fahndungsersuchen ausländischer Polizei- oder Justizbehörden gibt das BKA nach rechtlicher und tatsächlicher Prüfung, ggf. unter Beachtung von Vorlagepflichten und nach Entscheidung durch die Bundesregierung, die Fahndungsdaten in das INPOL ein und legt die Ausschreibungsdauer fest.

Ggf. veranlasst das BKA die Ausschreibung in weiteren Fahndungshilfsmitteln. Gezielte Fahndungsersuchen leitet das BKA zugleich an das zuständige LKA weiter.

In besonders dringenden Fällen kann das Ersuchen unmittelbar der örtlich zuständigen Polizeidienststelle unter gleichzeitiger Information des jeweiligen LKA übermittelt werden.

Bei Ersuchen um Festnahme zur Auslieferung richtet sich die vorläufige Festnahme nach § 19 IRG.

3.1.4 Laufzeit und Trefferfall, Fristverlängerung und Änderung, Erledigung und Löschung

3.1.4.1 Regelungen enthält Anlage 4.

3.1.4.2 Für die Löschung der Fahndungsersuchen über Interpol gelten die Regelungen der Anlage 4, Nr. 2.9, entsprechend.

3.2 Internationale Fahndung nach Sachen

3.2.1 Fahndungsziel

Ziel ist die Ermittlung von Sachen, insbesondere

- die gestohlen oder sonst abhanden gekommen sind oder die zur Sicherstellung oder Beweissicherung im Strafverfahren gesucht werden
- die gezielt kontrolliert werden sollen

3.2.2 Fahndungsraum

3.2.2.1 Schengen-Staaten

Fahndungen in den Schengen-Staaten, die das SIS anwenden, erfolgen grundsätzlich über das SIS; eine Beschränkung auf einzelne Schengen-Staaten, die das SIS anwenden, oder eine Verknüpfung von Fahndungen nach Personen und Sachen sind nicht möglich.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Fahndungen über das SIS haben Vorrang vor Fahndungen über Interpol.
Für Schengen-Staaten, die das SIS noch nicht anwenden, gilt Nr. 3.2.2.2.

3.2.2.2 Interpol-Staaten

Fahndungen in Staaten, die Interpol angehören und die nicht Schengen-Staaten sind bzw. als Schengen-Staaten das SIS nicht anwenden, werden über IKPO-Interpol durchgeführt.

Die Fahndung kann auf einzelne Staaten oder Staatengruppen beschränkt werden.

Eine Fahndung über Interpol in den Schengen-Staaten, die das SIS anwenden, ist grundsätzlich nicht möglich; Fahndungen im SIS und über Interpol können jedoch nebeneinander durchgeführt werden.

3.2.2.3 Sonstige Staaten

Staaten, die weder Schengen-Staaten sind noch Interpol angehören, werden vom BKA zur Mitfahndung ersucht, wenn dies von der ausschreibenden Polizeidienststelle beantragt wird und Anhaltspunkte vorliegen, dass die gesuchte Sache sich dort befindet.

3.2.3 Ausschreibung

3.2.3.1 Ausgehende Fahndungsersuchen

3.2.3.1.1 Ausgehende Fahndungsersuchen im SIS

Für die Ausschreibung im SIS gilt Anlage 4.

Fahndungsersuchen nach Sachen werden im INPOL durch die zuständige Polizeidienststelle eingegeben.

Soweit sie den in Art. 100 SDÜ genannten Kategorien entsprechen, werden sie grundsätzlich automatisch in das SIS überführt.

Die Mitteilung von Treffern erfolgt über die jeweilige **SIRENE** (Supplementary Information **RE**quest at the **N**ational **E**ntry); die weitere Bearbeitung erfolgt durch die ausschreibende und die feststellende Polizeidienststelle.

3.2.3.1.2 Ausgehende Fahndungsersuchen über Interpol

Ersuchen um Fahndung über Interpol müssen enthalten

- Fahndungsziel
- ersuchende Polizeidienststelle, Geschäftszeichen
- genaue Bezeichnung und Beschreibung der Sache
- Sachverhaltsschilderung, ggf. Bezeichnung der Straftat
- Tatort, Tatzeit
- den Staat bzw. die Staaten, in denen gefahndet werden soll

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Soweit die Fahndung mit dem Ziel der Sicherstellung im Rahmen des Strafverfahrens betrieben wird, sind außerdem erforderlich

- Beschlagnahmebeschluss mit Datum
- Geschäftszeichen des Gerichts
- Name des Richters

Ersuchen um Fahndung über Interpol sind über die LKÄ bzw. die Bundespolizeidirektion an das BKA zu richten.

3.2.3.2 Eingehende Fahndungersuchen

3.2.3.2.1 Eingehende Fahndungersuchen im SIS

Fahndungersuchen aus den Schengen-Staaten sind im SIS abfragbar und berechtigen zur Durchführung der in der Ausschreibung bezeichneten Maßnahmen.

Im Trefferfall gelten die Regelungen der Anlage 4.

3.2.3.2.2 Eingehende Fahndungersuchen über Interpol

Das BKA gibt nach rechtlicher und tatsächlicher Prüfung die Fahndungsdaten in INPOL ein und legt die Ausschreibungsdauer fest. Ggf. veranlasst das BKA die Ausschreibung in weiteren Fahndungshilfsmitteln.

Gezielte Fahndungersuchen leitet das BKA zugleich an das zuständige LKA weiter.

In besonders dringenden Fällen kann das Ersuchen unmittelbar der örtlich zuständigen Polizeidienststelle unter gleichzeitiger Information des jeweiligen LKA übermittelt werden.

3.2.4 Laufzeit und Trefferfall, Fristverlängerung und Änderung, Erledigung und Löschung

3.2.4.1 Regelungen enthält Anlage 4.

3.2.4.2 Für die Löschung der Fahndungersuchen über Interpol gelten die Regelungen der Anlage 4, Nr. 3.8, entsprechend.

4 Fahndungsmaßnahmen

Als Fahndungsmaßnahmen kommen insbesondere in Betracht

- Aufklärung, Kontrolle und Observation
- Auswerten interner und externer Unterlagen und Dateien
- Stellen von Fahndungsersuchen (Anlage 1)
- Beteiligen anderer Behörden, Dienststellen und sonstiger Stellen, z.B. Ausländerbehörden, Gewerbeämter, Zustelldienste, Berufs- und Fachverbände, Geldinstitute, Versicherungen, gewerbliche Wach- und Sicherheitsunternehmen, ggf. Veranlassen von Suchvermerken in deren Informationssystemen und Publikationen
- Ausschreiben in Fahndungshilfsmitteln (Nr. 6)
- Ausschreiben in öffentlich zugänglichen Medien, z.B. Internet

Fahndungsarten

Fahndungsarten sind

- Tatortbereichsfahndung
- Alarmfahndung
 - Ringalarmfahndung
 - Grenzalarmfahndung, Landesalarmfahndung, Bundesalarmfahndung
- Schwerpunktahndung
- Zielfahndung
- Vorrangfahndung
- Öffentlichkeitsfahndung

Sie sind grundsätzlich kalendermäßig vorzubereiten.

Weitere Fahndungsarten sind

- Rasterfahndung
- Fahndung in Datennetzen
- Schleppnetzfahndung
- Verkehrswegesofortfahndung
- Verdachts- und ereignisunabhängige Fahndung

5.1 Tatortbereichsfahndung

- 5.1.1 Eine Tatortbereichsfahndung ist die gezielte Suche nach Personen oder Sachen aus aktuellem Anlass in einem begrenzten Raum um den Tatort; hierzu zählen auch Fund- oder andere Ereignisorte.

Sie ist durchzuführen, wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass der Täter noch im Tatortbereich ergriffen werden kann oder Fahndungsinformationen gewonnen werden können.

- 5.1.2 Zu den vorbereitenden Maßnahmen zählen insbesondere

- Festlegen von Fahndungsabschnitten
- Erfassen von besonderen Flucht- und Unterschlupfmöglichkeiten, insbesondere
 - Örtlichkeiten, die dem Täter günstige Fluchtmöglichkeiten zu Fuß eröffnen bzw. den Wechsel des Fluchtmittels ermöglichen, z.B. Haltestellen, Parkplätze, Parkhäuser, Taxistände, Bahnhöfe, Flugplätze
 - öffentlich zugängliche Gebäude, z.B. Kaufhäuser, Gaststätten, Kinos, Museen, Ausstellungsräume, Kirchen
- Absprachen mit Behörden, Dienststellen, z.B. der Zoll- oder Forstbehörden, Feldjäger, Militärpolizei ausländischer Streitkräfte, und sonstigen Stellen, z.B. gewerbliche Wach- und Sicherheitsunternehmen, Rettungs- und Hilfsdienste, Taxiunternehmen, Verkehrsbetriebe, mit denen zur Gewinnung von Fahndungsinformationen eine Zusammenarbeit in Betracht kommt

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

- Erstellen von Einsatzkonzeptionen

5.1.3 Die Einsatzführung obliegt der örtlich zuständigen Polizeidienststelle, sofern diese Aufgabe nicht einer anderen Polizeidienststelle übertragen ist. Sie löst die Fahndung aus, bestimmt den Fahndungsraum und beendet die Fahndung.

5.2 Alarmfahndung

Eine Alarmfahndung ist die aus akutem Anlass schlagartig durchgeführte, gezielte Suche nach Personen oder Sachen.

Sie soll durchgeführt werden, wenn die öffentliche Sicherheit besonders beeinträchtigt ist. Dies gilt beispielsweise bei

- Anschlägen
- Entführungen, Geiselnahmen
- Entweichen gefährlicher Gefangener/Straftäter
- Terrorismus und politisch motivierten Gewaltdelikten
- schwerer Gewaltkriminalität
- Überfällen auf Geldinstitute und vergleichbare Einrichtungen, Geld- und Werttransporte, Geschäfte
- unerlaubtem Entfernen vom Unfallort nach Verkehrsunfällen mit schwerwiegenden Folgen
- Abhandenkommen von bedeutsamen, wertvollen oder gefährlichen Sachen

In Fällen politisch motivierter Kriminalität sind die besonderen bundeseinheitlichen Konzeptionen zu beachten.

Den Einsatzkräften kann lageabhängig ein besonderer Funkverkehrskreis zugewiesen werden.

Arten der Alarmfahndung sind

- Ringalarmfahndung
- Grenzalarmfahndung, Landesalarmfahndung, Bundesalarmfahndung

5.2.1 Ringalarmfahndung

5.2.1.1 Bei einer Ringalarmfahndung wird grundsätzlich an ringförmig um den Tatort bzw. Feststellungsort in einem jeweils anzuordnenden Radius festgelegten Kontrollstellen und im Innern des Fahndungsringes gesucht.

Die Ringalarmfahndung umfasst

- alle Maßnahmen der Tatortbereichsfahndung nach Nr. 5.1
- die Fahndung an den Kontrollstellen

5.2.1.2 Der **Fahndungsraum** wird durch Festlegung eines Rings mit einem Radius von maximal 50 km um den Tatort bzw. Feststellungsort begrenzt.

Bei der **Festlegung** ist von folgenden Richtwerten auszugehen:

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Fluchtzeit bis zum Auslösen der Ringalarmfahndung	Ringbezeichnung (Radius in km)
--	-----------------------------------

bis 10 Minuten	„Ring 20“
----------------	-----------

10 - 20 Minuten	„Ring 30“
-----------------	-----------

20 - 30 Minuten	„Ring 40“
-----------------	-----------

über 30 Minuten	„Ring 50“
-----------------	-----------

Räumliche Struktur, Verkehrswege, Verkehrslage und Fluchtfahrzeuge sind bei der Festlegung zu berücksichtigen.

In Großstädten und Ballungsgebieten können auch kleinere Fahndungsräume vorgesehen werden.

Bei der Festlegung „Ring 40“ ist wegen des erhöhten Kräftebedarfs ein strenger Maßstab anzulegen.

„Ring 50“ ist nur festzulegen, wenn darüber hinaus besondere Erkenntnisse diese Maßnahme noch Erfolg versprechend erscheinen lassen.

- 5.2.1.3 Kontrollstellen sind nach taktischen Gesichtspunkten festzulegen, in einem Kontrollstellenverzeichnis zu erfassen und auf einer Kontrollstellenkarte zu markieren.

Die Kontrollstellen sind mit benachbarten Polizeidienststellen abzustimmen. Im Grenzgebiet sind die Kontrollstellen in Absprache mit dem zuständigen Bundespolizeiamt, in Bayern mit den Polizeipräsidien mit grenzpolizeilichen Aufgaben, festzulegen.

Die Kontrollstellen sind grundsätzlich mit den für den örtlichen Bereich geltenden Kennbuchstaben der Kfz-Zulassungsstellen zu bezeichnen und fortlaufend zu nummerieren.

- 5.2.1.4 In Großstädten, Ballungsgebieten oder bei besonderen topografischen Gegebenheiten kann es zweckmäßig sein, Kontrollstellen auch abweichend von der ringförmigen Anordnung festzulegen.

Bestehende Begrenzungslinien, z.B.

- Flüsse
- Kanäle
- Bahnanlagen
- Straßen

sollen genutzt werden.

- 5.2.1.5 Einheitlich sind vorzubereiten

- Kontrollstellenverzeichnis (Zuständigkeitsbereich, Kontrollstelle, Lagebezeichnung)
- Kontrollstellenkarte im Maßstab 1:200.000
- durchsichtige Ringschablone für die Kontrollstellenkarte
- Merkblatt für Kontrollstellen (Anlage 6)
- Kontrollliste (Anlage 7)

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

- Merkblatt für Fahndungsinformationen (Anlage 8)

Leitstellen können Kontrollstellenkarten und Ringschablonen auch in anderen Maßstäben verwenden.

- 5.2.1.6 Die Einsatzführung obliegt der örtlich zuständigen Polizeidienststelle, soweit nicht eine andere Regelung getroffen ist.
Sie löst die Ringalarmfahndung aus und beendet sie.

- 5.2.1.7 Das Auslösestichwort ist „Ring“ mit Kilometerangabe und Tatort bzw. Feststellungsort.

Soweit es zur genauen Bestimmung des Tatortes bzw. Feststellungsortes erforderlich ist, muss der Ortsbezeichnung der Stadtteil, Gemeindeteil oder die Himmelsrichtung hinzugefügt werden.

Die Anordnung zur Auslösung der Ringalarmfahndung soll darüber hinaus enthalten

- kurzen Sachverhalt mit Angaben über Tat, Täter, Sachen (Anlage 8)
- Zuweisung der zu besetzenden Kontrollstellen
- Art der Kontrolle (Anhaltekontrolle bzw. Durchfahrtskontrolle)
- Maßnahmen bei Antreffen des Gesuchten oder Auffinden der Sache

Die Durchsage der Anordnung ist mehrfach zu wiederholen und zu aktualisieren.

- 5.2.1.8 Werden insbesondere bei Geiselnahmen, Entführungen oder herausragenden Erpressungen im polizeitaktischen Sinn Ringalarmfahndungen angeordnet, sind grundsätzlich verdeckte Kontrollen bzw. verdeckte Durchfahrtskontrollen durchzuführen.
Das Anhalten von Fahrzeugen oder Personen ist nur auf besondere Anweisung der einsatzführenden Dienststelle zulässig.

Die PDV 131 VS-NfD, die PDV 132 VS-NfD und die PDV 133 VS-NfD sind zu beachten.

- 5.2.1.9 Nach Auslösung der Ringalarmfahndung sind mit allen verfügbaren Kräften unter Zurückstellung nicht vordringlicher Aufgaben

- schwerpunktmäßig die Maßnahmen der Tatortbereichsfahndung durchzuführen
- die zugewiesenen Kontrollstellen zu besetzen

Im Rahmen der Durchfahrtskontrolle ist der Kfz-Verkehr aus Richtung Tatort zu beobachten und möglichst lückenlos in Kontrolllisten zu erfassen.

Im Rahmen der Anhaltekontrolle sind bei konkreten Informationen entsprechende Personen und Fahrzeuge zu kontrollieren. Es sind Kontrolllisten zu führen.

Die Kontrolllisten sind nach Beendigung der Ringalarmfahndung der zuständigen Polizeidienststelle unverzüglich zuzuleiten und dort auszuwerten.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

- 5.2.1.10 Außerhalb des angeordneten Rings liegende Kontrollstellen können erforderlichenfalls einbezogen werden, z.B. wichtige Verkehrsknotenpunkte.

Auf Bundesautobahnen und ähnlich ausgebauten Straßen sind, soweit möglich,

- innerhalb des angeordneten Rings an Zufahrten
- in doppelter Ringentfernung
- zwischen dem angeordneten Ring und der doppelten Ringentfernung an Ausfahrten

Durchfahrtkontrollen durchzuführen.

- 5.2.1.11 Von der angeordneten Ringalarmfahndung sind die übergeordneten Polizeidienststellen und ggf. das LKA unverzüglich zu informieren.

- 5.2.1.12 Erstreckt sich der Fahndungsraum auch auf andere Länder, sind die unmittelbar betroffenen Polizeidienststellen und ggf. LKA unverzüglich zu informieren.

Ist das Grenzgebiet oder der Bereich eines Verkehrsflughafens bzw. eines zum grenzüberschreitenden Verkehr zugelassenen Verkehrslandeplatzes betroffen, sind auch die zuständigen Dienststellen der Bundespolizei, ggf. in Bayern die Polizeipräsidien mit grenzpolizeilichen Aufgaben, und die Zollbehörden unverzüglich zu informieren.

Die fahndungsauslösende Polizeidienststelle hat auch in diesen Fällen die Einsatzführung, soweit nicht andere Zuständigkeiten vereinbart wurden.

- 5.2.1.13 Ist das Überschreiten der Grenze der Bundesrepublik Deutschland durch die Täter zu vermuten, sind die benachbarten ausländischen Polizeidienststellen unverzüglich zu informieren.

Die jeweils angrenzenden Polizeidienststellen können gemeinsame Fahndungsmaßnahmen durchführen, soweit zwischenstaatliche Vereinbarungen über die polizeiliche Zusammenarbeit in den Grenzgebieten diese zulassen.

- 5.2.1.14 Die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Ringalarmfahndung ist fortlaufend zu prüfen.

Dies ist insbesondere abhängig vom Anlass und von den während der Fahndung gewonnenen Erkenntnissen zu prüfen.

5.2.2 Grenzalarmfahndung, Landesalarmfahndung, Bundesalarmfahndung

Grenz-, Landes- oder Bundesalarmfahndungen sind grundsätzlich nur auszulösen, wenn ausreichende Anhaltspunkte einen Fahndungserfolg erwarten lassen.

Sie sind auf das zeitlich unbedingt notwendige Maß zu beschränken.

Zur Auslösung einer Grenz-, Landes- oder Bundesalarmfahndung sind die in Anlage 9 aufgeführten Angaben erforderlich.

Die Einsatzführung obliegt grundsätzlich der anordnenden Dienststelle; diese beendet auch die Fahndung.

Bei einer Grenz- oder Landesalarmfahndung sind grundsätzlich alle Zentralstellen der Länder und des Bundes zu informieren.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

- 5.2.2.1 Bei einer **Grenzalarmfahndung** umfasst der Fahndungsraum die Grenze der Bundesrepublik Deutschland bis zu einer Tiefe von 30 km (von der seewärtigen Begrenzung bis zu einer Tiefe von 50 km) sowie die Seehäfen und die Flugplätze gemäß Luftverkehrsgesetz, die für den grenzüberschreitenden Verkehr zugelassen sind.

Die Anordnung einer Grenzalarmfahndung erfolgt grundsätzlich tatortbezogen

- auf Grund eigener Lagebeurteilung oder
- auf Ersuchen der für den Tatort zuständigen Polizeidienststelle
- durch das zuständige Bundespolizeipräsidium.

In Bayern ist für die Anordnung auch das Bayerische LKA zuständig.

Ersuchen um Anordnung einer Grenzalarmfahndung in Fällen von bundesweiter oder internationaler Bedeutung sind durch die Zentralstellen der Länder und des Bundes an die Bundespolizeidirektion zu richten.

Für die Anordnung und Durchführung an den Grenzen zu den Schengen-Staaten sind die Bestimmungen des Art. 2 Abs. 2 und 3 SDÜ zu beachten. Für eine in Ausnahmefällen mögliche und zeitlich befristete Wiederaufnahme von Grenzkontrollen an den Schengener Binnengrenzen ist die Anordnung des Bundesministeriums des Innern Voraussetzung.

Die Dauer der Grenzalarmfahndung beträgt maximal 48 Stunden.

- 5.2.2.2 Bei einer **Landesalarmfahndung** umfasst der Fahndungsraum das Gebiet eines Landes. Die Landesalarmfahndung kann auch räumlich beschränkt durchgeführt werden.

Für die Anordnung ist das LKA zuständig.

Ersuchen um Anordnung einer Landesalarmfahndung in einem anderen Land sind vom LKA an das dortige LKA zu richten. Das BKA ist nachrichtlich zu beteiligen.

Näheres bleibt länderspezifischen Regelungen vorbehalten.

- 5.2.2.3 Bei einer **Bundesalarmfahndung** umfasst der Fahndungsraum grundsätzlich das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesalarmfahndung besteht aus den jeweiligen Landesalarmfahndungen und der Grenzalarmfahndung. Sie kann auch räumlich beschränkt durchgeführt werden. Ersuchen um Bundesalarmfahndung sind vom BKA, einem LKA, einem Bundespolizeipräsidium oder der Bundespolizeidirektion an die anderen Zentralstellen der Länder und des Bundes zu richten. Die Anordnungen erfolgen entsprechend den Landesalarmfahndungen und der Grenzalarmfahndung durch die jeweils betroffenen Länder bzw. die Bundespolizeipräsidien.

Steuerung von Informationen sowie Koordinierung von Maßnahmen obliegen der für den Tatort zuständigen Zentralstelle.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

5.3 Schwerpunktfahndung

5.3.1 Eine Schwerpunktfahndung ist die planmäßig vorbereitete, befristete, gezielte, mit Einsatzschwerpunkten durchgeführte Suche nach Personen oder Sachen.

5.3.2 Ein Fahndungsanlass kann insbesondere dann vorliegen, wenn

- Serientäter oder besonders gefährliche Straftäter ermittelt
- Tatserien oder - auf Grund einer außergewöhnlichen Häufung - bestimmte Delikte aufgeklärt
- gezielte Suchmaßnahmen im Anschluss an eine Alarmfahndung fortgeführt werden sollen.

5.3.3 Bei der Schwerpunktfahndung sind

- Fahndungszeitraum
 - Fahndungsraum
 - Fahndungsschwerpunkt
 - Fahndungsobjekt
 - Fahndungsmaßnahmen
- lageangepasst festzulegen.

5.3.3.1 Der Fahndungszeitraum legt Beginn und Ende der Schwerpunktfahndung fest. Innerhalb dieses Zeitraums können lageangepasst zeitlich begrenzte Fahndungsmaßnahmen durchgeführt werden.

5.3.3.2 Als Fahndungsraum kommt der Bereich

- einer Polizeidienststelle
 - mehrerer Polizeidienststellen
 - eines Landes
 - mehrerer Länder
 - des Bundesgebietes
 - eines Teils der Grenze oder die gesamte Grenze der Bundesrepublik Deutschland
- in Betracht.

5.3.3.3 Als Fahndungsschwerpunkte kommen insbesondere in Betracht

- Grenzübergangsstellen, z.B. Straße, Schiene, Wasser, Luft
- Verkehrsmittel, z.B. Flugzeuge, Schienenfahrzeuge (einschließlich Privat-, Straßen-, U- und S-Bahn), Busse, Taxen, Wasserfahrzeuge
- Verkehrseinrichtungen, z.B. Bahnhöfe, Haltestellen, Verkehrsflughäfen, Landeplätze
- Verkehrswege und Plätze, z.B. Straßen mit ihren Nebenanlagen, Wasserstraßen, Schienen, Fußgängerzonen, Grünanlagen, Parkplätze, Parkhäuser, Garagen, Tankstellen
- Brückenbauwerke, z.B. Straßen, Schienen, Wasserstraßen

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

- Beherbergungsstätten, z.B. Hotels, Gasthöfe, Wohnheime, Herbergen, Campingplätze, Stand- oder Lagerplätze umherziehender Personen
- Schlupfwinkel, z.B. Wohnanlagen, leerstehende Gebäude, Jagd- und Berghütten, Höhlen, Stollen, Kanalisation
- Treff- und Sammelpunkte, z.B. Vergnügungsviertel/-plätze, Spielhallen, Bordelle
- weitere öffentliche und private Einrichtungen, z.B. Behörden, Schulen, Einkaufszentren, Restaurants

5.3.3.4 Als Fahndungsobjekte kommen insbesondere in Betracht

- Personen, differenziert z.B. nach Geschlecht, Alter, Fahrer, Mitfahrer
- Fahrzeuge
- Ladung, Gepäck
- Unterlagen, z.B. von Einwohnermeldeämtern, Ordnungsämtern, Hotels, Wohnungsunternehmen, Kraftfahrzeugvermietern, Zulassungsstellen für Kfz

5.3.3.5 Als Fahndungsmaßnahmen kommen insbesondere in Betracht

- allgemeine Kontrolle
 - Stichprobenkontrolle
 - Selektivkontrolle
 - Vollkontrolle
 - mobile Kontrolle
 - stationäre Kontrolle
 - wechselnde Kontrolle
 - Anhaltekontrolle
 - Durchfahrtkontrolle
 - Scheinkontrolle
 - verdeckte Kontrolle
- Observation
- Durchsuchung
- Identitätsfeststellung
- Razzia
- offene Beobachtung

5.3.3.6 An den Fahndungsschwerpunkten sind lageabhängig einzelne oder mehrere Fahndungsmaßnahmen nach Fahndungsobjekten durchzuführen.

5.3.4 Fahndungsauftrag, Fahndungsraum, Fahndungsschwerpunkt, Fahndungsobjekte und Fahndungsmaßnahmen bestimmen Art und Umfang der Zusammenarbeit mit anderen Polizeidienststellen, Behörden, Dienststellen und sonstigen Stellen.

Dies können sein

- Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, z.B.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

- Zolldienststellen
- Justizbehörden
- Bundesamt und Landesämter für Verfassungsschutz
- Feldjäger
- Betriebssicherungsdienst der Deutschen Post AG
- Bundesverwaltungsamt
- Kraftfahrtbundesamt
- Militärpolizei ausländischer Streitkräfte
- Luftfahrt-Bundesamt
- Flugplatzbetreiber
- Luftfahrtunternehmen
- Wasser- und Schifffahrtsverwaltungen
- Forstämter
- Bundesamt für Güterverkehr
- Medien

5.3.5 Die Schwerpunktfahndung wird durch die örtlich zuständige Polizeidienststelle angeordnet, sofern dies nicht einer anderen Polizeidienststelle übertragen wird.

Diese löst die Fahndung aus und bestimmt den Fahndungsraum.

Die Anordnung soll die in Anlage 9 aufgeführten Angaben enthalten. Benachbarte Polizeidienststellen sind zu informieren.

Bei einer überörtlichen Schwerpunktfahndung ist das LKA von der Auslösung zu informieren.

Eine das gesamte Land umfassende Schwerpunktfahndung wird durch das LKA angeordnet, sofern dies nicht einer anderen Polizeidienststelle übertragen wird.

Ersuchen um Anordnung einer Schwerpunktfahndung in einem anderen Land sind vom LKA an das dortige LKA zu richten.

Die LKA der angrenzenden Länder, das BKA und die Bundespolizeidirektion sind fortlaufend zu informieren; ggf. erforderlich werdende koordinierende Maßnahmen bei länderübergreifenden Lagen oder Auslandsbezug obliegen dem BKA.

Bei Anordnung durch die Bundespolizei sind die betroffenen Polizeidienststellen der Länder und des Bundes zu informieren.

5.3.6 Die Beendigung der Schwerpunktfahndung erfolgt durch die anordnende Polizeidienststelle, wenn

- das Fahndungsziel erreicht oder der Fahndungsauftrag durchgeführt ist
- der angeordnete Fahndungszeitraum abgelaufen ist und keine Gründe für eine Fortsetzung vorliegen
- das Fahndungsziel nicht mehr erreicht werden kann

5.3.7 Stellt die Schwerpunktfahndung die Fortsetzung einer Alarmfahndung dar, verbleibt die Einsatzführung grundsätzlich bei der für die Alarmfahndung zuständigen Polizeidienststelle.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

5.4 Zielfahndung

- 5.4.1 Eine Zielfahndung ist die gezielte, intensive, operative Suche nach einzelnen, bereits identifizierten Personen, deren Festnahme oder Ingewahrsamnahme von besonderer Bedeutung ist. Sie ist grundsätzlich erst dann durchzuführen, wenn andere Fahndungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind oder keinen Erfolg versprechen.
- 5.4.2 Die Koordination der Zielfahndungsfälle der Länder und des Bundes erfolgt durch das BKA. Die Länder benennen hierfür bei den LKÄ Ansprechpartner. In Fällen von Terrorismus und politisch motivierten Gewaltdelikten legt das BKA in Abstimmung mit den LKÄ die Personen der Zielfahndung fest.
- 5.4.3 Die Zielfahndung wird grundsätzlich durch die LKÄ und das BKA durchgeführt. Auf eine Abstimmung mit der StA ist zu achten.
- 5.4.4 Die Zielfahndung ist von speziell dafür eingerichteten Organisationseinheiten durchzuführen. Diesen obliegt auch die systematische Beschaffung von Informationen.
- 5.4.5 Kriterien für die Aufnahme als Zielperson sind insbesondere
- Schwere der Tat, hohe Sozialschädlichkeit, hoher volkswirtschaftlicher Schaden
 - hohe kriminelle Energie, welche die Begehung weiterer Straftaten erwarten lässt
 - überregional bzw. international agierende Straftäter
 - Höhe der Reststrafe bzw. Anordnung der Sicherungsverwahrung bei entwichenen Strafgefangenen
 - besondere Gefahr für die Allgemeinheit, die von aus gerichtlich angeordneter Unterbringung Entwichenen ausgeht
 - Ereignisse, die die Öffentlichkeit in besonderem Maße beunruhigen
- 5.4.6 Fahndungsgrundlage sind alle Informationen, die aus
- dem Lebenslauf
 - den besonderen persönlichen Eigenschaften
 - dem persönlichen Umfeld
 - den Kenntnissen der Vorgehensweisen
- der Zielperson gewonnen werden können und geeignet sind, den Aufenthaltsort zu bestimmen und die Festnahme oder Ingewahrsamnahme zu ermöglichen.
- 5.4.7 Möglichkeiten der Informationsbeschaffung und der Erstellung eines Personogramms der Zielperson bestehen in der Auswertung aller internen und externen Informationsquellen, insbesondere durch
- Auswertung der Kriminal- oder Haftakten
 - Aufklärung bzw. Observation des Umfeldes und der Kontaktpersonen der Zielperson
 - Abklärung von Spuren
 - Überwachung möglicher Anlaufstellen/Hinwendungsorte
 - Öffentlichkeitstahndung

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

- Informationsbeschaffung bei
 - Behörden, z.B. Einwohnermelde-, Gewerbe-, Finanz-, Gesundheitsämter, Ausländerbehörden, Zoll, Staatsanwaltschaft
 - Banken
 - Schutzgemeinschaft für die allgemeine Kreditsicherung GmbH (SCHUFA)
 - Kreditkartengesellschaften
 - Anbieter für Telekommunikation
 - Versicherungen
 - Rentenversicherungsträgern
 - Krankenkassen
 - Steuerberatern
 - Verbänden, z.B. Industrie- und Handelskammern
 - Schulen, Fachhochschulen, Universitäten
 - Vereinen

5.4.8 Eine Aufnahme in die Vorrangfahndung, das Einstellen in das Intranet und das Nutzen von öffentlich zugänglichen Medien, z.B. Internet, sind zu prüfen.

5.5 Vorrangfahndung

5.5.1 Eine Vorrangfahndung ist die Suche nach einem festgelegten Kreis von Personen, die von Strafverfolgungsbehörden zur Festnahme gesucht werden und die die Allgemeinheit besonders beunruhigen oder die öffentliche Sicherheit in hohem Maße gefährden.
Voraussetzung für die Aufnahme in die Vorrangfahndung ist die Ausschreibung im INPOL und im SIS.

5.5.2 In die Vorrangfahndung sollten nicht mehr als 10 Personen aufgenommen werden.

5.5.3 Anträge (Anlage 10) sind von der sachbearbeitenden Polizeidienststelle im Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft über das LKA an das BKA zu richten. Das BKA entscheidet in Abstimmung mit den LKÄ über den Antrag; das gilt auch, wenn das BKA die Aufnahme einer Person in die Vorrangfahndung beabsichtigt.

Anträge von Dienststellen der Bundespolizei werden durch die Bundespolizeidirektion gestellt.

5.5.4 Die Laufzeit beträgt 3 Monate. Sie kann in begründeten Fällen verkürzt oder verlängert werden. Die Entscheidung obliegt dem BKA in Abstimmung mit dem zuständigen LKA.

5.5.5 Die Vorrangfahndung umfasst im Regelfall Maßnahmen der

- Zielfahndung
- Schwerpunktfahndung
- Öffentlichkeitsfahndung
- internationalen Fahndung

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Im Rahmen der Öffentlichkeitsfahndung kommen insbesondere Veröffentlichungen durch Plakataushang, über Presse, Rundfunk und Fernsehen sowie mittels Fahndungsaufrufen in anderen öffentlich zugänglichen elektronischen Medien in Betracht.

- 5.5.6 Gestaltung, Druck und Verteilung von Fahndungsplakaten, ggf. auch von Vorrangfahndungskarten, obliegen dem BKA.
- 5.5.7 Sachdienliche Informationen sind der sachbearbeitenden Polizeidienststelle, nachrichtlich den Zentralstellen der Länder und des Bundes, zu übermitteln.

5.6 Öffentlichkeitsfahndung

- 5.6.1 Eine Öffentlichkeitsfahndung ist die Suche nach Personen oder Sachen unter Inanspruchnahme der Bevölkerung. Sie wendet sich an eine bestimmte Zielgruppe oder an einen unbestimmten Teil der Bevölkerung.
Eine Auslobung kann die Öffentlichkeitsfahndung unterstützen.

- 5.6.1.1 Die **zielgruppengerichtete Öffentlichkeitsfahndung** wendet sich an einen bestimmten Personenkreis, von dem anzunehmen ist, dass er Informationen über die gesuchte Person oder Sache besitzt, z.B. Krankenkassen, Innungen, Mietwagenfirmen. Sie erfolgt in der Regel durch Veröffentlichungen in deren Fachpresse oder durch gezieltes Anschreiben.
Eine Verbreitung von Fahndungsfotos bzw. Personenbeschreibungen in zielgruppengerichteten Verbundsystemen, z.B. im Intranet von Hotels, über Taxi-Funk, kann ebenfalls in Frage kommen.
Die zielgruppengerichtete Öffentlichkeitsfahndung hat den Vorteil, dass sie für den Täter kaum erkennbar ist; er wird nicht gewarnt und damit auch nicht veranlasst, seinen derzeitigen Aufenthaltsort zu wechseln, sein Aussehen/Verhalten zu ändern oder die gesuchte Sache beiseite zu schaffen.

- 5.6.1.2 Die an einen **unbestimmten Teil der Bevölkerung** gerichtete Öffentlichkeitsfahndung erfolgt durch Veröffentlichung in Publikationsorganen mit lokalem, regionalem, nationalem oder internationalem Verbreitungsgebiet, insbesondere Presse, Rundfunk, Fernsehen oder durch Nutzung öffentlich zugänglicher elektronischer Medien sowie durch weitere Maßnahmen (Nr. 5.6.5).

- 5.6.1.3 Der zielgruppengerichteten Öffentlichkeitsfahndung ist grundsätzlich Vorrang zu geben.

- 5.6.2 Verbreitungsgebiet und Wirksamkeit der in Anspruch genommenen Medien sind zu berücksichtigen.

- 5.6.3 Die Öffentlichkeitsfahndung soll erst durchgeführt werden, wenn andere den Betroffenen weniger beeinträchtigende Fahndungsmaßnahmen nicht genügend Erfolg versprechend erscheinen, erfolglos geblieben sind oder voraussichtlich nicht oder nicht rechtzeitig zum Erfolg führen werden.

- 5.6.3.1 Bei einer Inanspruchnahme von Publikationsorganen oder öffentlich zugänglichen elektronischen Medien soll der Sachverhalt verbunden mit konkreten Fragen dargestellt werden.
Um die Aufmerksamkeit von Nutzern öffentlich zugänglicher elektronischer Medien zu erlangen, kann es zweckmäßig sein, Fahndungen auf speziellen Seiten, z.B. der Polizei, zu bündeln.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Gleichzeitig kann ein Hinweis auf eine Auslobung erfolgen.

Es ist zu beachten, dass bei häufiger Inanspruchnahme das Interesse und die Bereitschaft der Öffentlichkeit, an der Fahndung mitzuwirken, erlahmen können.

- 5.6.3.2 Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist besonders zu beachten. In jedem Einzelfall bedarf es einer sorgfältigen Abwägung zwischen dem öffentlichen Interesse an einer wirksamen Strafverfolgung oder der Erfüllung anderer öffentlicher Aufgaben einerseits und den schutzwürdigen Interessen des Gesuchten oder sonstiger Betroffener andererseits. Dabei sind insbesondere zu berücksichtigen
- die vorbeugende Wirkung einer schnellen Tataufklärung
 - die Gefahr weiterer Straftaten bei Nichtausschöpfung aller Fahndungsmöglichkeiten
 - die Gefahr der Täter- und Beteiligtenwarnung
 - die Gefahr der Nachahmung von Straftaten
 - die Gefahr der Rufschädigung der Betroffenen oder der Beeinträchtigung der Resozialisierung des Täters
 - das Leid der Opfer, die Gefühle der Angehörigen und der Schutz der Privatsphäre
 - die Notwendigkeit der Warnung der Bevölkerung vor einem besonders gefährlichen Straftäter einerseits und die Gefahr der negativen Beeinflussung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung andererseits
- 5.6.4 Die Öffentlichkeitsfahndung kann aus repressiven oder präventiven Gründen erfolgen.
- 5.6.4.1 Die Öffentlichkeitsfahndung aus repressiven Gründen richtet sich nach den Bestimmungen der §§ 131 ff. StPO und umfasst die Fahndung nach Beschuldigten und nach Zeugen. Bei flüchtigen Verurteilten entscheidet die Vollstreckungsbehörde über die Öffentlichkeitsfahndung. Ist der Verurteilte aus einer Justizvollzugsanstalt geflohen, so kann bei Gefahr im Verzuge neben dem Leiter der Justizvollzugsanstalt auch die Polizei die Öffentlichkeitsfahndung veranlassen.
- 5.6.4.2 Die Öffentlichkeitsfahndung aus präventiven Gründen, insbesondere zur
- Suche nach
 - Vermissten
 - Personen mit gefährlichen ansteckenden Krankheiten
 - Personen, von denen eine Gefahr für die Allgemeinheit ausgeht
 - suizidgefährdeten Personen
 - Identifizierung von unbekannten Toten und unbekannten hilflosen Personen
- richtet sich nach den jeweiligen Bestimmungen der Länder und obliegt ausschließlich der Polizei. Dies gilt auch, wenn die präventive Fahndung zugleich der Strafverfolgung dient, die Gefahrenabwehr jedoch vorrangig ist.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

- 5.6.4.3 Bundesweite Öffentlichkeitsfahndungen nach terroristischen Gewalttätigkeiten werden grundsätzlich durch das Bundesministerium des Innern veranlasst.
- 5.6.5 Neben der Inanspruchnahme von Publikationsorganen oder öffentlich zugänglichen elektronischen Medien kommen im Rahmen der Öffentlichkeitsfahndung insbesondere in Betracht
- Lautsprechereinsatz aus Kfz oder Hubschraubern
 - Nutzen von Lautsprecheranlagen öffentlicher und privater Stellen
 - Verteilen von Handzetteln
 - Postwurfsendungen
 - Plakataushang
 - Kinoveröffentlichung
 - Ausstellen von Beweismitteln
 - Telefonansagedienst, z.B. mit der Stimmzeichnung von Gesuchten
 - Bildschirmtext/Videotext
 - Faxabruf
 - elektronische Bildwände
 - Monitore in öffentlichen Verkehrsmitteln
 - Mitteilungen auf Mobiltelefone
 - Mitteilungen auf Displays von Autoradios
- 5.6.6 Für die bundesweite Ausstrahlung von Fahndungsmeldungen im Fernsehen ist Anlage 11, für unter Mitwirkung der Polizei von den Medien initiierten Fernsehproduktionen zum Zwecke der Öffentlichkeitsfahndung ist Anlage 12 zu beachten.
- 5.6.7 Bei Veröffentlichungen, die über den örtlichen Bereich oder das Land hinauswirken, sind die zuständigen Polizeidienststellen und LKA sowie das BKA, die Bundespolizeidirektion und die zuständigen Bundespolizeipräsidien, in Bayern auch das PP Niederbayern-Oberpfalz, unverzüglich zu unterrichten.
- 5.6.8 Die Fahndung ist unverzüglich einzustellen, wenn das Fahndungsziel erreicht ist oder Ausschreibungsvoraussetzungen nicht mehr vorliegen.
- 5.6.9 Wird insbesondere in schwerwiegenden, die Öffentlichkeit beunruhigenden Fällen die Erledigung der Fahndung bekannt gegeben, so soll die Erledigung in den Publikationsorganen oder öffentlich zugänglichen elektronischen Medien erfolgen, die für die Öffentlichkeitsfahndung in Anspruch genommenen worden sind.
- 5.6.10 Auf die RiStBV, Anlage B (Anlage 13), wird hingewiesen.
- 5.7 **Weitere Fahndungsarten**
- 5.7.1 **Rasterfahndung**
- 5.7.1.1 Eine Rasterfahndung umfasst die maschinell ablaufende Suche in übermittelten Datenbeständen öffentlicher und nichtöffentlicher Stellen nach bestimmten Prüfungsmerkmalen (Rastern).

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

5.7.1.2 Die Rasterfahndung aus repressiven Gründen richtet sich nach den Bestimmungen des § 98b StPO. Die Rasterfahndung aus präventiven Gründen richtet sich nach den jeweiligen Bestimmungen der Länder.
Sie dient der Suche nach Hinweisen und Spuren, die zur Aufklärung von Straftaten oder Abwehr von Gefahren beitragen können.

5.7.1.3 Die abzugleichenden Prüfungsmerkmale werden lageabhängig festgelegt. Es kann sich um Merkmale handeln, die vermutlich auf die gesuchte Person zutreffen (positive Rasterfahndung). Es können auch Prüfungsmerkmale ausgewählt werden, die auf die gesuchte Person nicht zutreffen, um so nicht gesuchte Personen auszuschließen (negative Rasterfahndung).

5.7.1.4 Nach Durchführung der Rasterfahndung verbleibt ein Restbestand an Datensätzen von Personen.
Diese Personen müssen anschließend mit anderen Maßnahmen, z.B. Observation, Vernehmung, Gegenüberstellung, überprüft werden.

5.7.2 Fahndung in Datennetzen

5.7.2.1 Eine Fahndung in Datennetzen ist die systematische Suche zum Feststellen polizeilich relevanter Sachverhalte, insbesondere Straftaten in den verschiedenen Bereichen des Internets, der Online-Dienste sowie anderer Datennetze. Sie kann auch anlassunabhängig durchgeführt werden.

5.7.2.2 Durch offene und verdeckte Maßnahmen sollen

- Personen von der Nutzung von Datennetzen für kriminelle Zwecke abgeschreckt und strafbare Handlungen verhindert bzw. erschwert
- potenzielle Straftäter durch Aufrechterhaltung eines erheblichen Fahndungsdrucks verunsichert und damit das Sicherheitsgefühl der anderen Teilnehmer in Datennetzen verbessert

- Straftaten verfolgt

werden.

5.7.2.3 Fahndungsräume umfassen insbesondere das World Wide Web, Newsgroups, Chatforen und File-Transfer-Systeme. Sie sind virtueller Natur und gestatten keine regionale Festlegung. Darüber hinaus sind diese Räume ständigen, meist unvorhersehbaren Änderungen unterworfen, die längerfristige Festlegungen zusätzlich erschweren bzw. verhindern.

5.7.2.4 Die Fahndung in Datennetzen ist grundsätzlich koordiniert durchzuführen. Zuständigkeitsfragen sind ggf. in enger Abstimmung mit der Justiz zu klären.

5.7.2.5 Die präventive Wirkung der Fahndung in Datennetzen kann durch Öffentlichkeitsarbeit gesteigert werden.

5.7.3 Schleppnetzfahndung

Eine Schleppnetzfahndung ist die Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten in einer Datei für Zwecke der Strafverfolgung, wenn diese Daten bei einer grenzpolizeilichen Kontrolle oder einer Kontrollstelle i.S. des § 111 StPO erhoben worden sind.

Ziel der Speicherung und Auswertung dieser Daten ist es, die Ergreifung des Täters oder die Aufklärung der Straftat zu ermöglichen.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

5.7.4 Verkehrswegesofortfahndung

Eine Verkehrswegesofortfahndung ist die Suche nach Personen oder Sachen, bei der ausgehend vom Tatort unter entsprechender Weg-Zeit-Berechnung auf oder an Verkehrswegen Kontrollen, z.B. Durchfahrtkontrollen oder Anhaltekontrollen, durchgeführt werden.

Kontrollorte können sein

- Autobahnen, Schnellstraßen
- Züge, Bahnhöfe
- Wasserstraßen
- Flugplätze

5.7.5 Verdachts- und ereignisunabhängige Fahndung

5.7.5.1 Eine Verdachts- und ereignisunabhängige Fahndung umfasst die Suche nach Personen oder Sachen zur vorbeugenden Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität.

5.7.5.2 Um grenzüberschreitende Kriminalität handelt es sich insbesondere dann, wenn

- Tatbeiträge in mehreren Staaten geleistet werden,
- Täter sich ins Ausland begeben oder eine zur Tatbegehung verwendete oder aus ihr hervorgegangene Sache in das Ausland verbringen wollen,
- Straftaten im Ausland begangen wurden, bei denen der Täter durch den Aufenthalt im Bundesgebiet sich oder eine zur Tatbegehung verwendete oder aus ihr hervorgegangene Sache dem Zugriff entziehen will

oder

- Personen in das Bundesgebiet eingeschleust werden oder sonst unerlaubt einreisen wollen.

5.7.5.3 Mit der Verdachts- und ereignisunabhängigen Fahndung sollen fahndungsrelevante Feststellungen insbesondere über

- potenzielle Täter, Opfer und Angriffsobjekte
- Tatfahrzeuge
- Transportwege

getroffen werden.

5.7.5.4 Die Verdachts- und ereignisunabhängige Fahndung kann durch zeitlich und örtlich gezielt eingesetzte stationäre oder mobile Kräfte durchgeführt werden sowie im Rahmen von Anhaltekontrollen und Durchfahrtkontrollen erfolgen.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

- 5.7.5.5 Als Fahndungsräume kommen insbesondere in Betracht
- Verkehrswege von erheblicher Bedeutung für den grenzüberschreitenden Verkehr
 - öffentlich zugängliche Einrichtungen des internationalen Verkehrs
 - das Grenzgebiet
- 5.7.5.6 Maßnahmen der Verdachts- und ereignisunabhängigen Fahndung sind ggf. zu koordinieren.
- 5.7.5.7 Die präventive Wirkung der Verdachts- und ereignisunabhängigen Fahndung kann durch Öffentlichkeitsarbeit gesteigert werden.

6 Fahndungshilfsmittel

6.1 Allgemeines

Fahndungshilfsmittel sind Informationssysteme, Dateien und Unterlagen, welche die Suche nach Personen oder Sachen ermöglichen oder unterstützen. Sie dienen entweder speziell der Suche nach Personen oder Sachen oder werden im Rahmen der Fahndung für diese Zwecke genutzt.

Kenntnis und Nutzung der zur Verfügung stehenden internen und externen Fahndungshilfsmittel sind für den Fahndungserfolg von entscheidender Bedeutung. Sie unterliegen einer ständigen technischen, rechtlichen und taktischen Entwicklung; eine abschließende Aufzählung ist deshalb nicht möglich.

6.2 Interne Fahndungshilfsmittel

- INPOL (Informationssystem der Polizei):
Datenverbundsystem der Polizeien der Länder und des Bundes für die Fahndung nach Personen und Sachen
- SIS (Schengener Informationssystem):
Datenverbundsystem der Polizei-, Bundespolizei- und Zollbehörden der Schengen-Staaten für die Fahndung nach Personen und Sachen
- VERMI/UTOT (Datei Vermisste/unbekannte Tote):
Datenverbundsystem der Polizeien der Länder und des Bundes zur Ausschreibung Vermisster und als Identifizierungshilfe für unbekannte Tote und unbekannte hilflose Personen
- AFIS (Automatisiertes Fingerabdruck-Identifizierungssystem):
Datenverbundsystem der Polizeien der Länder und des Bundes für die Zuordnung daktyloskopischer Spuren
- DAD (DNA-Analyse-Datei):
Datenverbundsystem der Polizeien der Länder und des Bundes für die Zuordnung von DNA-Merkmalen
- SPUDOK (Spuren-Dokumentations-System):
Dateianwendung zur Informationsverarbeitung in umfangreichen Ermittlungsverfahren
- Intranet/Extranet:
durch die Polizei genutztes geschlossenes Datennetz
- FINAS (Fahrzeug-Identifizierungs-Nummern-Auswertungs-System):
Datenbank mit Informationen der Kraftfahrzeughersteller zu Produktionsdaten von Fahrzeugeinzelteilen (anhand des Herstellungszeitraums des Kfz und der Produktionsdaten auf den Einzelteilen kann auf Zeitschlüssigkeit verglichen werden)
- EuFID (Europäische Fahrzeugidentifizierungsdatei):
Datenbank mit Identifizierungshinweisen zu den einzelnen Modellen der führenden Kraftfahrzeughersteller, mit Beschreibungen von echten Fahrzeugdokumenten europäischer und außereuropäischer Staaten sowie mit dem vom

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft herausgegeben
„Schlüsselkatalog für Autos und Motorräder“

- Online-Verbindungen zu Kraftfahrzeugherstellern:
Abfragemöglichkeit zur Überprüfung von Individualdaten von Kfz, z.B. Motor-,
Getriebe- und Produktionsnummern
- LUNA (Leuchtendatei für Unfallfluchtnachforschungen):
Datenbank für z.B. Leuchtenarten, Materialien, Farben, Einbauzeiten der
Lampen (aus am Unfallort zurückgebliebenen Beleuchtungsteilen können
Rückschlüsse auf unfallbeteiligte Fahrzeuge gezogen werden)
- ASF (Automated Search Facilities):
automatisiertes Fahndungssystem von Interpol für Personenfahndung und
ausgewählte Sachfahndungsbestände u.a. mit den Datenbanken
 - ASF-Nominal Database (Personen)
 - ASF-Stolen Vehicles (gestohlene Fahrzeuge)
 - ASF-Stolen Works of Art (gestohlene Kunstgegenstände)
 - ASF-Bulletin Board Services (Unterlagensammlung)
 - ASF-Stolen Travel Documents (gestohlene Reisedokumente)
 - VIN-ASSIST (einheitliches Plausibilitätsprogramm für Fahrzeugidentifizie-
rungsnummern nordamerikanischer Fahrzeuge)
 - WRECKS (Hinweise zur Ermittlung und Verhinderung von Schrottfisierun-
gen von Kfz)
- NCIC (National Crime Information Center):
Fahrzeugfahndung des FBI, Zugriff über BKA (bereits in ASF implementiert)
- EUCAP (European Collection of Automotive Paints):
Datenbank mit Informationen der Lack- und Fahrzeughersteller zu Materia-
lien, eingesetzten Maschinen und Verfahren im Fahrzeuglackierungsprozess
(sie ermöglicht, einen Originallacksplitter einem Fahrzeug zuzuordnen, d.h.
die Farbe, das Fahrzeugmodell, den Fahrzeughersteller und den Bauzeit-
raum zu bestimmen)
- RAKK (Recherche amtlicher Kfz-Kennzeichen):
Datenbank mit Informationen insbesondere zu Kategorien (z.B. Pkw, Lkw,
Bus, Motorrad), Ausstellungsland, mitzuführende Kfz-Dokumente, zur Zuord-
nung ausländischer Kfz-Kennzeichen (Plausibilitätsprüfung)
- Sachfahndungsbestände anderer Staaten:
Zugriff über das BKA
- Fahndungsunterlagen der Polizeien der Länder, die zum Teil bundesweit ge-
nutzt werden, z.B.
 - Fahndungsblock der bayerischen Polizei (BY)
 - DOKIS (Dokumenteninformationssystem) (BY)
 - Verdachtskalender Kfz (NW)
 - Ordner nichtnumerische Sachfahndung (BW)

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

- Fahndungsnachweis der Wasserschutzpolizeien der Bundesrepublik Deutschland („Duisburg-Fahndung“)
- Fahndungsraster, z.B. nach gestohlenen Kfz, Rauschgift
- ISU (Informationssystem Urkunden):
zentrale, datenbankbasierte Anwendung, in der hochaufgelöste Abbildungen von Urkunden und Stempeln mit deren wesentlichen Echtheits- und Fälschungs- bzw. Verfälschungsmerkmalen und die dazugehörigen Beschreibungen abrufbar sind
- BKBI./LKBI.

6.3 Externe Fahndungshilfsmittel

- AZR (Ausländerzentralregister - mit Visa-Datei des Bundesverwaltungsamtes):
Registriert werden im Wesentlichen die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer, wenn ihr Aufenthalt nicht nur vorübergehend ist; ferner Asylantragsteller, ausgeschriebene oder ausgelieferte Ausländer sowie Ausländer, gegen deren Einreise Bedenken bestehen oder die im Verdacht stehen, bestimmte Straftaten begangen zu haben. Die Visa-Datei enthält Grundpersonalien und Visa-Daten von Ausländern, die ein Visum bei Auslandsvertretungen oder - im Ausnahmefall - bei den Grenzpolizeibehörden beantragt haben.
- ZEVIS (Zentrales Verkehrsinformationssystem des Kraftfahrtbundesamtes [KBA] mit Daten aus dem ZFZR [Zentralen Fahrzeugregister] und dem VZR [Verkehrszentralregister]):
Abrufbar sind Halterdaten, Fahrzeug- und Zulassungsdaten sowie Daten der in das VZR eingetragenen Personen, denen die Fahrerlaubnis entzogen, versagt oder gesperrt wurde.
- Gewerbezentralregister
- EUCARIS (European Car and Driving License Information System/
Europäisches Fahrzeug- und Führerschein-Informationssystem):
Datenverbund zwischen europäischen Staaten zu Fahrzeugzulassung und Führerscheinen; Teilnehmer für die Bundesrepublik Deutschland ist das KBA
- öffentlich zugängliche Medien, z.B. Internet
- Register der Meldebehörden

6.4 Sonstige Fahndungshilfsmittel

Dateien nach §§ 483 ff. StPO, die Fahndungsinformationen enthalten

Fahndungsersuchen

1 Allgemeines

- 1.1 Diese Anlage regelt das Erstellen, Bearbeiten und Steuern von Fahndungsersuchen.
Die Informationswege und Kommunikationsmittel zur Steuerung von Fahndungsersuchen sind hinsichtlich ihrer Schnelligkeit und Sicherheit lageangepasst auszuwählen.
Die PDV 810.1 ist zu beachten.

- 1.2 Fahndungsersuchen beinhalten Fahndungsinformationen (fahndungsrelevante Feststellungen, insbesondere über Täter, Tathergang, Bewaffnung, Fluchtzeit, Fluchtweg, Fluchtfahrzeuge, Zeugen, Beweismittel) für bestimmte Empfänger mit der Bitte um Beteiligung an der Fahndung.

2 Erstellen, Bearbeiten und Steuern von Fahndungsersuchen

2.1 Erstellen von Fahndungsersuchen

- 2.1.1 Fahndungsersuchen zu Personen sollen enthalten bzw. Angaben machen über

- Personalien
- Personengebundene Hinweise
- Personaldokumente
- Personenbeschreibung
- Lichtbilder, ggf. mit Fundstelle, z.B. Polizeidienststelle, Internet, Extranet, Intranet
- Fluchtrichtung, -mittel und -ziel
- mögliche Anlaufstellen/Hinwendungsorte
- Kontakt- oder Begleitpersonen
- Anlass und Zweck der Ausschreibung
- Haftbefehl, Unterbringungsbefehl oder sonstiger Beschluss und deren Hinterlegungsort
- Maßnahmen bei Antreffen bzw. Feststellen
- Besonderheiten, fahndungsrelevante Anhaltspunkte
- Ausschreibung in Fahndungshilfsmitteln
- Ausschreibungsbehörde und Geschäftszeichen
- Datum der Ausschreibung

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

noch Anlage 1

- sachbearbeitende Polizeidienststelle, Geschäftszeichen

2.1.2 Fahndungsersuchen zu Kfz sollen insbesondere enthalten

- Art, Aufbau, Fabrikat sowie Typ/Modell und Farbe des Kfz
- amtliches Kennzeichen/Versicherungskennzeichen mit Farbangabe
- Nationalitätszeichen bei Kfz mit ausländischen Kennzeichen
- Fahrzeugidentifizierungsnummer
- Motornummer
- besondere Merkmale
- Fahrzeughalter
- Anlass und Zweck der Ausschreibung
- besondere Bearbeitungshinweise
- Tatzeit, Tatort
- Ausschreibungsbehörde und Geschäftszeichen
- sachbearbeitende Polizeidienststelle, Geschäftszeichen

2.1.3 Bei der Erstellung von Fahndungsersuchen ist Folgendes zu beachten:

- Im „Betreff“ sind - soweit bekannt - die Personalien, die kriminologische Bezeichnung des Delikts oder die Art des Ereignisses mit Ort und Datum aufzuführen.
 - Familiennamen sind voranzustellen.
 - Vornamen sind im Zweifelsfall durch „Vorn.“ zu kennzeichnen.
 - Bei mehreren Personen sind die Namen durchnummerieren.
- Im Steuerungsvermerk einer Zentralstelle der Länder oder des Bundes ist auf vorausgegangene Vorgänge in einem Zusatz zu verweisen.
- Nachfolgeschreiben sind an dieselben Empfänger zu richten; es ist der „Betreff“ des Ausgangsschreibens zu verwenden. Im „Bezug“ ist das Ausgangsschreiben zu bezeichnen (Nr., Datum, sachbearbeitende Polizeidienststelle, Geschäftszeichen). Es genügen die Angaben zum ersten und letzten Schreiben.
- Eine Kurzfassung des Sachverhalts ist Adressaten, die erstmals einbezogen werden, als Zusatz zu übermitteln.
- Sofern eine Öffentlichkeitsfahndung bereits durchgeführt wurde oder geplant ist, sollte unter Nennung des genutzten Mediums darauf hingewiesen werden. Bei Nutzung des Internets zur Öffentlichkeitsfahndung ist die entsprechende Adresse anzugeben.

2.2 Bearbeiten von Fahndungsersuchen

- 2.2.1 Fahndungsersuchen sind den Zentralstellen der Länder und des Bundes immer dann zuzuleiten, wenn ein Sachverhalt überörtliche Bedeutung erlangen kann.
- 2.2.2 Ersuchen um Steuerung von Fahndungsersuchen sind an die jeweilige Zentralstelle des Landes bzw. des Bundes zu richten.
- 2.2.3 Ersuchen um Fahndung an der Grenze der Bundesrepublik Deutschland sind grundsätzlich an das Bundespolizeipräsidium in dessen Zuständigkeitsbereich die ersuchte Dienststelle liegt, zu richten, in Bayern zusätzlich an das LKA. In Eilfällen können örtlich zuständige Bundespolizeiämter, in Bayern die Polizeipräsidien mit grenzpolizeilichen Aufgaben, unmittelbar ersucht werden. Das für das ersuchte Bundespolizeiamt zuständige Bundespolizeipräsidium ist nachrichtlich zu informieren, in Bayern zusätzlich das LKA.
- 2.2.4 Fahndungsersuchen sind nach dem Wegfall des Fahndungsanlasses unverzüglich von der Polizeidienststelle zu widerrufen, welche die Fahndung ausgelöst hat. Ist die Sachbearbeitung von einer anderen Polizeidienststelle übernommen worden, hat diese den Widerruf zu veranlassen. Bei Teilwiderrufen ist anzugeben, in welchem Umfang die Fahndung fortzusetzen ist.

2.3 Steuern von Fahndungsersuchen

- 2.3.1 Fahndungsersuchen können an
- einen Empfänger
 - mehrere Empfänger
 - einen bestimmten Empfängerkreis mit Sammeladressen oder Verteiler
- gesteuert werden.
- 2.3.2 Die Steuerung mit Sammeladressen oder Verteiler kommt grundsätzlich nur in bedeutsamen Fällen und nur dann in Betracht, wenn der Zweck nicht durch gezielte Fahndungsersuchen an einen oder mehrere Empfänger erreicht werden kann.
- 2.3.3 Für die Steuerung mit Sammeladressen oder Verteiler sind grundsätzlich die Zentralstellen der Länder und des Bundes zuständig. Sie prüfen Zweckmäßigkeit, Eilbedürftigkeit, materiellen Inhalt, Sammeladressen oder Verteiler und die Beachtung der Formvorschriften.

Fahndungsersuchen sind um eigene Erkenntnisse zu ergänzen.

Regelungen für die Fahndung nach Personen im Informationssystem der Polizei

1 Allgemeines

- 1.1 INPOL wird von den Ländern und vom Bund gemeinsam und arbeitsteilig betrieben.
Teilnehmer sind die Polizeidienststellen der Länder und des Bundes, das Zollkriminalamt und andere Dienststellen mit grenzpolizeilichen Aufgaben.
- 1.2 Für die Eingabe und Abfrage gelten die von den Teilnehmern auf der Grundlage der INPOL-Verbundkonventionen herausgegebenen Erfassungs- und Abfragerichtlinien.
- 1.3 Vor Eingabe ist zu prüfen, ob bereits ein Datensatz zu der Person im INPOL gespeichert ist.

2 Ausschreibung

- 2.1 Die Ausschreibung ist nur dann vorzunehmen, wenn die Person durch die Daten zur Ausschreibung eindeutig konkretisiert werden kann.

Die Ausschreibung muss darüber hinaus enthalten

- Ausschreibungsbehörde mit Geschäftszeichen
- Anlass
- Zweck
- Lösungsdatum, wenn die Laufzeit (Nr. 3 dieser Anlage) nicht ausgeschöpft werden soll

Es ist ein Hinweis aufzunehmen, wenn

- die rechtmäßigen Personalien nicht bekannt sind und die Person aus diesem Grund unter Alias-Personalien ausgeschrieben wird
- die Personalien einer existenten Person als Alias-Personalien benutzt werden, insbesondere ob Erkennungsmerkmale vorliegen, die eine Unterscheidung der gesuchten Person vom rechtmäßigen Inhaber der Personalien ermöglichen

- 2.2 Für eine Ausschreibung zur Festnahme oder Ingewahrsamnahme ist eine der folgenden Fahndungsunterlagen erforderlich:

- Haftbefehl oder Unterbringungsbefehl,
- Gerichtsbeschluss,
- schriftliche Verfügung der anordnenden Behörde, aus der sich die Gründe für die Ausschreibung ergeben.

Auf die Fahndungsunterlage und auf deren Hinterlegungsort ist in der Ausschreibung hinzuweisen.

Liegen die Fahndungsunterlagen zum Zeitpunkt der Antragstellung noch nicht vor, sind unverzüglich Maßnahmen zu deren Erlangung einzuleiten. Sind sie nicht zu erlangen, ist die Ausschreibung unverzüglich, spätestens nach Ablauf einer Woche, zu löschen.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

noch Anlage 2

Die Fahndungsunterlagen sind grundsätzlich bei der für die Dateneingabe zuständigen Polizeidienststelle zu hinterlegen.

- 2.3 Zusammenhängende Fahndungen nach Personen und Sachen sind zu verknüpfen.

3 Laufzeit

Die Laufzeit beginnt mit der Eingabe.
Die gesetzlichen Verjährungsfristen (§§ 78, 79 StGB) sind zu beachten.

3.1 Strafverfolgung/Strafvollstreckung (repressiver Fahndungszweck)

Die Laufzeit beträgt bei Ersuchen zur

3.1.1 Festnahme

gestellt von

- Polizeidienststellen
 - bei Vorliegen eines Haft- oder Unterbringungsbefehls 3 Jahre
 - bei Vorliegen der Voraussetzungen eines Haft- oder Unterbringungsbefehls 1 Woche
- anderen Behörden des Polizeidienstes
 - bei Vorliegen eines Haft- oder Unterbringungsbefehls 3 Jahre
 - bei Vorliegen der Voraussetzungen eines Haft- oder Unterbringungsbefehls 1 Woche
- Justizbehörden²⁾ nach konkreter Vorgabe; ansonsten 3 Jahre
- Justizvollzugsanstalten (entwichene Strafgefangene) über die zuständige Polizeidienststelle 1 Woche
- zuständigen Stellen für psychiatrische Krankenhäuser/Entziehungsanstalten (entwichene strafgerichtlich untergebrachte verurteilte Personen) 1 Monat
- Militärbehörden von NATO-Entsendestaaten (über inländische Justizbehörden) Verjährungsfristen des Entsendestaates

Hinweis:

Bei entwichenen Untersuchungshäftlingen und Personen, die aufgrund einer vorläufigen Anordnung der Unterbringung gem. § 126a StPO eingewiesen sind, richtet sich die Laufzeit nach dem jeweiligen Haft- oder Unterbringungs befehl.

¹⁾ Im Sinne des § 163 StPO sind dies z.B. Zollfahndung, Steuerfahndung, Eichbehörden, Bergämter.

²⁾ Dies sind insbesondere Gerichte, Staatsanwaltschaften, Finanzbehörden gem. § 399 Abs. 1 Abgabenordnung.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

noch Anlage 2

3.1.2	Aufenthaltsermittlung	
	gestellt von	
	- Polizeidienststellen	1 Woche
	- anderen Behörden des Polizeidienstes ¹⁾	1 Woche
	- Justizbehörden ²⁾ nach konkreter	Vorgabe; ansonsten 3 Jahre
	- Militärbehörden von NATO-Entsendestaaten (über inländische Justizbehörden)	Verjährungs- fristen des Ent- sendestaates
3.1.3	Feststellung der Identität	
	gestellt von	
	- Polizeidienststellen	1 Woche
	- anderen Behörden des Polizeidienstes ¹⁾	1 Woche
	- Justizbehörden ²⁾ 3 Jahre	
	- Militärbehörden der NATO-Entsendestaaten (über inländische Justizbehörden)	Verjährungs- fristen des Ent- sendestaates
3.1.4	Durchführung von erkennungsdienstlichen Maßnahmen	
	gestellt von	
	- Polizeidienststellen	1 Woche
	- anderen Behörden des Polizeidienstes ¹⁾	1 Woche
	- Justizbehörden ²⁾ 3 Jahre	
	- Militärbehörden der NATO-Entsendestaaten (über inländische Justizbehörden)	Verjährungs- fristen des Ent- sendestaates
3.1.5	Durchführung von DNA-Probenentnahmen	
	gestellt von	
	- Polizeidienststellen	1 Woche
	- Justizbehörden ²⁾ (bei Vorliegen eines richterlichen Beschlusses)	3 Jahre
	- Militärbehörden der NATO-Entsendestaaten (über inländische Justizbehörden)	Verjährungs- fristen des Ent- sendestaates
3.1.6	Sicherstellung von Führerscheinen	
	gestellt von	
	- Polizeidienststellen	1 Woche
	- Justizbehörden ²⁾	1 Jahr
	- Ordnungsbehörden	1 Jahr

¹⁾ Im Sinne des § 163 StPO sind dies z.B. Zollfahndung, Steuerfahndung, Eichbehörden, Bergämter.

²⁾ Dies sind insbesondere Gerichte, Staatsanwaltschaften, Finanzbehörden gem. § 399 Abs. 1 Abgabenordnung.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

noch Anlage 2

3.1.7 Durchsetzung eines Fahrverbots

gestellt von

- Justizbehörden²⁾

Dauer des
Fahrverbots

- Ordnungsbehörden

Dauer des
Fahrverbots

3.2 Gefahrenabwehr (präventiver Fahndungszweck)

Die Laufzeit beträgt bei Ersuchen zur

3.2.1 Ingewahrsamnahme

gestellt von

- Polizeidienststellen
und anderen zuständigen Behörden zur
Verhinderung einer unmittelbar bevorstehenden
Begehung oder Fortsetzung einer

bis auf Widerruf
(maximal 6
Monate)

-- Straftat oder

-- Ordnungswidrigkeit von erheblicher Bedeutung

- Polizeidienststellen
bei Warmmeldungen unter den Voraussetzungen
der Nr. 2.1.3.3.2

bis auf Widerruf
(maximal 6
Monate)

- Polizeidienststellen

-- bei vermissten Minderjährigen bis auf Widerruf höchstens bis zum Er-
reichen der Volljährigkeit

-- bei vermissten Volljährigen, bei denen eine bis auf Widerruf
Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung nicht
ausreicht, z.B. Entmündigte, Personen mit
ernsthafter Selbsttötungsabsicht

-- bei Opfern einer Kindesentziehung bis auf Widerruf
höchstens bis zum Erreichen der Volljährigkeit

- zuständigen Stellen des Gesundheitswesens 1 Jahr

-- bei Personen, die sich der gerichtlich
angeordneten Unterbringung nach dem
IfSG entziehen

-- bei psychisch erkrankten Personen,
die sich der gerichtlich angeordneten
Unterbringung entziehen

²⁾ Dies sind insbesondere Gerichte, Staatsanwaltschaften, Finanzbehörden gem. § 399 Abs. 1 Abgabenordnung.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

noch Anlage 2

3.2.2	Aufenthaltsermittlung gestellt von	
	- Polizeidienststellen	
	-- bei vermissten Volljährigen, die nicht in Gewahrsam genommen werden sollen	bis auf Widerruf
	-- bei Zeugen und Auskunftspersonen	1 Jahr
3.2.3	Kontrolle, soweit nach Polizeirecht zulässig gestellt von	
	- Polizeidienststellen	bis auf Widerruf
3.2.4	Durchführung von erkennungsdienstlichen Maßnahmen gestellt von	
	- Polizeidienststellen	bis auf Widerruf
3.2.5	Durchführung von DNA-Probenentnahmen gestellt von	
	- Polizeidienststellen	bis auf Widerruf
	- Justizbehörden ²⁾ (bei Vorliegen eines richterlichen Beschlusses)	3 Jahre
3.3	Durchführung ausländerrechtlicher Maßnahmen (ausländerrechtlicher Fahndungszweck) Die Laufzeit beträgt bei Ersuchen zur	
3.3.1	Festnahme gestellt von	
	- Ausländerbehörden	
	-- zum Zwecke der Aufenthaltsbeendigung, wenn die Voraussetzungen für eine Ausweisung oder Abschiebung vorliegen und der Aufenthalt in Deutschland unbekannt ist	3 Jahre
	-- wenn eine vollziehbare Ausweisungs-/ Abschiebungsverfügung vorliegt und die zum Verlassen des Bundesgebietes bestimmte Frist abgelaufen ist	10 Jahre
	-- nach einer Abschiebung/Zurückschiebung	10 Jahre
	- Dienststellen mit grenzpolizeilichen Aufgaben	
	-- nach einer Zurückschiebung	10 Jahre

²⁾ Dies sind insbesondere Gerichte, Staatsanwaltschaften, Finanzbehörden gem. § 399 Abs. 1 Abgabenordnung.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

noch Anlage 2

3.3.2 Aufenthaltsermittlung

gestellt von

- Ausländerbehörden, BAMF, Aufnahmeeinrichtungen

-- bei Verstößen gegen das Asylverfahrensgesetz 3 Jahre

3.3.3 Zurückweisung/Einreiseverweigerung

gestellt von

- Dienststellen mit grenzpolizeilichen Aufgaben

-- wenn zum Zeitpunkt der Einreise die Voraussetzungen des Art. 96 SDÜ - Drittausländer - vorliegen 3 Jahre

3.3.4 Prüfung ausländerrechtlicher Maßnahmen

gestellt von

- Polizeidienststellen und anderen Dienststellen mit grenzpolizeilichen Aufgaben

-- wenn die zur Ausreise gesetzte Frist abgelaufen und die ausgestellte Grenzübertrittsbescheinigung bei der Ausländerbehörde nicht eingegangen ist 3 Jahre

-- wenn Ausländer aufgrund des Verdachts der unerlaubten Arbeitsaufnahme von den Grenzbehörden zurückgewiesen worden sind und bei ihnen zu vermuten ist, dass sie versuchen werden, aus diesem Anlass erneut einzureisen 3 Jahre

-- wenn sie unter Verstoß gegen § 95 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG eingereist sind oder den Versuch unternommen haben und sie zurückgewiesen, zurückgeschoben, ausgewiesen oder abgeschoben worden sind. Dies gilt nicht für Personen im Sinne des § 95 Abs. 5 AufenthG und für Staatsangehörige aus den Mitgliedstaaten der EU. 3 Jahre

-- wenn sie nach strafbarer unerlaubter Einreise - einschließlich des Versuchs gemäß § 95 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 Nr. 1 AufenthG - zurückgewiesen, zurückgeschoben, oder abgeschoben worden sind. Dies gilt nicht für Personen im Sinne des § 95 Abs. 5 AufenthG und für Staatsangehörige aus den Mitgliedstaaten der EU. 3 Jahre

4 Fristverlängerung und Änderung

- 4.1 Fristverlängerungen sind grundsätzlich zulässig. Sie gelten jeweils für die Laufzeit, höchstens für die Dauer von drei Jahren. Bei Festnahmeersuchen von Polizeidienststellen, anderen Behörden des Polizeidienstes¹⁾ und Justizvollzugsanstalten ist eine Fristverlängerung unzulässig.
- 4.2 Wird eine vermisste minderjährige Person volljährig, so dass die Ausschreibung zur Ingewahrsamnahme endet, hat die ausschreibende Polizeidienststelle zu prüfen, ob und ggf. zu welchem Fahndungszweck die Ausschreibung verlängert werden soll.
- 4.3 Anträge auf Fristverlängerungen sind grundsätzlich vier Wochen vor Fristablauf der für die Dateneingabe zuständigen Polizeidienststelle zuzuleiten.
- 4.4 Änderungen von Ausschreibungen sind von der ausschreibenden Dienststelle/Behörde der für die Dateneingabe zuständigen Polizeidienststelle mitzuteilen.

5 Erledigung und Löschung

- 5.1 Bei Festnahme oder Ingewahrsamnahme einer ausgeschriebenen Person sind die

- ausschreibende Dienststelle/Behörde
- für die Dateneingabe zuständige Polizeidienststelle

unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen.

Zeit und Ort der Festnahme/Ingewahrsamnahme sowie der Verbleib der Person sind mitzuteilen.

Die Fahndungsdaten sind unverzüglich zu löschen.

Erfolgt die Festnahme/Ingewahrsamnahme im Ausland, werden die Fahndungsdaten erst nach erfolgter Überstellung der gesuchten Person gelöscht.

Bei vollziehbarer Ausweisungsverfügung oder Abschiebungsandrohung/-anordnung werden die Fahndungsdaten erst bei Fristablauf oder nach Aufhebung der Verfügung gelöscht.

- 5.2 Ist bei Ausländern der Vollzug einer vollziehbaren Ausreiseverpflichtung ausgesetzt, hat die zuständige Ausländerbehörde mit dem für die Fahndung nach Personen vorgesehenen Vordruck die Löschung der Fahndungsdaten bei der für die Dateneingabe zuständigen Polizeidienststelle zu beantragen.
- 5.3 Bei Aufenthaltsermittlung einer Person ist die ausschreibende Dienststelle/Behörde über den festgestellten Wohnsitz oder den ständigen Aufenthaltsort zu unterrichten. Die ausschreibende Dienststelle/Behörde hat die Löschung bei der für die Dateneingabe zuständigen Polizeidienststelle zu veranlassen, wenn der Ausschreibungsanlass wegfällt oder wenn andere Gründe es erfordern.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

noch Anlage 2

- 5.4 Erledigt sich die Ausschreibung aus anderen Gründen als durch Festnahme, Ingewahrsamnahme oder Fristablauf, hat die ausschreibende Dienststelle/Behörde die Löschung bei der für die Dateneingabe zuständigen Polizeidienststelle grundsätzlich mit dem für die Fahndung nach Personen vorgesehenen Vordruck zu veranlassen.

6 Sonstiges

- 6.1 Die Fahndungsunterlagen sind der aufgreifenden Polizeidienststelle auf Anforderung zu übermitteln.
Fahndungsunterlagen können im Ausnahmefall bereits vor einer geplanten Festnahme angefordert werden. In diesen Fällen hat eine Information an die sachbearbeitende Polizeidienststelle auch dann zu erfolgen, wenn die Festnahme nicht durchgeführt werden konnte.
- 6.2 Vor jeder Festnahme oder Ingewahrsamnahme aufgrund einer Ausschreibung im BKBl. oder LKBl. ist die Fortdauer der Ausschreibung im INPOL zu prüfen. Zweifelsfälle sind mit der ausschreibenden Polizeidienststelle zu klären.
- 6.3 Über die Fahndung im INPOL hinausgehende Fahndungsmaßnahmen sind zusätzlich zur Löschung gesondert zu widerrufen.

Regelungen für die Fahndung nach Sachen im Informationssystem der Polizei

1 Allgemeines

- 1.1 INPOL wird von den Ländern und vom Bund gemeinsam und arbeitsteilig betrieben.
Teilnehmer sind die Polizeidienststellen der Länder und des Bundes, das Zollkriminalamt und andere Dienststellen mit grenzpolizeilichen Aufgaben.
- 1.2 Für die Eingabe und Abfrage gelten die von den Teilnehmern auf der Grundlage der INPOL-Verbundkonventionen herausgegebenen Erfassungs- und Abfragerichtlinien.
- 1.3 Vor Eingabe ist zu prüfen, ob bereits ein Datensatz zu der Sache im INPOL gespeichert ist.

2 Ausschreibung

- 2.1 Die Ausschreibung muss mindestens folgende Angaben enthalten:
- Ausschreibungsbehörde mit Geschäftszeichen,
 - sachbearbeitende Dienststelle mit Geschäftszeichen,
 - Tatzeit,
 - Anlass,
 - Zweck,
 - Lösungsdatum, wenn die Laufzeit (Nr. 3 dieser Anlage) nicht ausgeschöpft werden soll,
 - bei Sachen mit individueller alphanumerischer Kennzeichnung
 - Nummer/Kennzeichnung,
 - Gegenstandsart,
 - Erläuterungen zur Gegenstandsart,
 - bei Kfz zusätzlich
 - amtliches Kennzeichen bzw. Versicherungskennzeichen,
 - Fahrzeugidentifizierungsnummer und ggf. weitere Fahrzeugnummern, z.B. Motornummer, Getriebenummer, Produktionsnummer.
- 2.2 Die Ausschreibung kann um besondere Bearbeitungshinweise, z.B. Kennzeichnungsart, Tatortkategorie, Tatort, Deliktskategorie, Delikt, ergänzt werden.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

noch Anlage 3

- 2.3 Soweit bekannt, sind bei der Ausschreibung von Kfz weitere Daten anzugeben, z.B.
- Nationalitätszeichen
 - Fahrzeughalter
 - Sachwertdelikt
 - Tag der ersten Zulassung
 - Geschädigter
 - sachgebundene Hinweise, z.B. im Fahrzeug beförderte Sprengstoffe, Betäubungsmittel, Tatwerkzeuge, Waffen
 - weitere Produktionsdaten

- 2.4 Zusammenhängende Fahndungen nach Sachen und Personen sind zu verknüpfen.

3 Laufzeit

- 3.1 Die Laufzeit beginnt mit der Eingabe und beträgt grundsätzlich 10 Jahre, bei
- Personaldokumenten und sonstigen fahndungsrelevanten Legitimationen 20 Jahre
 - Sachen im Zusammenhang mit Verbrechenstatbeständen, Kunstgegenständen, sakralen Gegenständen und Waffen 30 Jahre
- 3.2 Die Festlegung kürzerer Laufzeiten ist möglich.
- 3.3 Soweit die Fahndung nach Sachen nur der Unterstützung einer Fahndung nach Personen dient, ist die Laufzeit der Fahndung nach Sachen an die Fahndung nach Personen anzugleichen.

4 Fristverlängerung und Änderung

- 4.1 Fristverlängerungen sind grundsätzlich zulässig.
- 4.2 Anträge auf Fristverlängerung sind vier Wochen vor Fristablauf der für die Dateneingabe zuständigen Polizeidienststelle zuzuleiten.
- 4.3 Änderungen von Ausschreibungen sind von der ausschreibenden Dienststelle/Behörde der für die Dateneingabe zuständigen Polizeidienststelle mitzuteilen.

5 Erledigung und Löschung

- 5.1 Die Ausschreibung ist zu löschen, wenn das Fahndungsziel erreicht oder die Fahndung aus sonstigen Gründen erledigt ist.
- 5.2 Bei Sicherstellung oder Auffinden einer ausgeschriebenen Sache ist die ausschreibende Polizeidienststelle unverzüglich schriftlich zu informieren. Zeit und Ort der Sicherstellung oder des Auffindens sowie der Verbleib der Sache sind mitzuteilen.
- 5.3 Die ausschreibende Polizeidienststelle hat die Löschung bei der für die Dateneingabe zuständigen Polizeidienststelle unverzüglich zu veranlassen.
- 5.4 Bei mehreren zusammen ausgeschriebenen Sachen ist die teilweise Löschung zu beantragen, wenn für einen von ihnen der Fahndungsanlass entfallen ist.

6 Sonstiges

- 6.1 Vor jeder Sicherstellung aufgrund einer Ausschreibung im BKBl. oder LKBl. ist die Gültigkeit der Ausschreibung im INPOL zu prüfen. Zweifelsfälle sind mit der ausschreibenden Polizeidienststelle zu klären.
- 6.2 Über die Fahndung im INPOL hinausgehende Fahndungsmaßnahmen sind zusätzlich zur Löschung gesondert zu widerrufen.

Regelungen für die Fahndung nach Personen und Sachen im Schengener Informationssystem

1 Allgemeines

- 1.1 Das SIS ist ein von den Schengen-Staaten gemeinsam unterhaltenes System zur Fahndung nach Personen und Sachen.

Jeder Schengen-Staat bestimmt eine zentrale Stelle - SIRENE -, die in seinem Hoheitsgebiet für das reibungslose Funktionieren des SIS verantwortlich ist. Für die Bundesrepublik Deutschland ist diese zentrale Stelle das BKA.

- 1.2 Teilnehmer in Deutschland sind die für

- Grenzkontrollen/-überwachung
- sonstige polizeiliche und zollrechtliche Überprüfungen im Inland sowie deren Koordinierung
- die Erteilung von Visa und Aufenthaltstiteln
- die Ausländerüberwachung

zuständigen Dienststellen. Sie sind aufgabenbezogen eingabe- und abfrageberechtigt.

- 1.3 Für die Eingabe und Abfrage gelten die von den Teilnehmern auf der Grundlage der INPOL-Verbundkonventionen herausgegebenen Erfassungs- und Abfragerichtlinien.

- 1.4 Vor Eingabe ist zu prüfen, ob bereits ein Datensatz zu der Person oder der Sache im SIS gespeichert ist.

2 Ausschreibung zur Fahndung nach Personen

- 2.1 Eine Person darf von jedem Schengen-Staat nur einmal im SIS ausgeschrieben werden.

- 2.2 Sie kann durch mehrere Schengen-Staaten ausgeschrieben werden, wenn die Ausschreibungen miteinander vereinbar sind oder nebeneinander bestehen können.

- VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

noch Anlage 4

Die miteinander zu vereinbarenden Ausschreibungen sind aus der folgenden Tabelle ersichtlich:

	Art. 95 Festnahme	Art. 96 Einreiseverweigerung	Art. 97 Ingewahrsamnahme	Art. 98 Aufenthaltsermittlung	Art. 99 Verdeckte Registrierung ³⁾	Art. 99 Gezielte Kontrolle ²⁾
Art. 95 Festnahme	ja	können nebeneinander bestehen ¹⁾	ja	ja	nein	nein
Art. 96 Einreiseverweigerung	können nebeneinander bestehen ¹⁾	ja	nein	nein	nein	nein
Art. 97 Ingewahrsamnahme	ja	nein	ja	ja	nein	nein
Art. 98 Aufenthaltsermittlung	ja	nein	ja	ja	nein	nein
Art. 99 Verdeckte Registrierung ³⁾	nein	nein	nein	nein	ja	nein
Art. 99 Gezielte Kontrolle ²⁾	nein	nein	nein	nein	nein	ja

¹⁾ Ausschreibungen nach Art. 95 und 96 SDÜ sind grundsätzlich nicht miteinander vereinbar. Sie können jedoch bei dieser Konstellation nebeneinander bestehen, denn ein Schengen-Staat muss immer eine Ausschreibung nach Art. 96 SDÜ eingeben können, um zuständigen Instanzen die Möglichkeit zu geben, Aufenthaltstitel oder Visa zu verweigern.

²⁾ Ausschreibungen zur gezielten Kontrolle sind nicht durch die Bundesrepublik Deutschland, aber durch andere Schengen-Staaten möglich; sie werden in der Bundesrepublik Deutschland als Ausschreibungen zur Polizeilichen Beobachtung ausgegeben.

³⁾ Für die Ausschreibung zur verdeckten Registrierung (Polizeiliche Beobachtung) gilt die PDV 384.2 VS-NfD.

Ist die beabsichtigte Ausschreibung mit einer bestehenden **nicht vereinbar**, ist die SI-RENE zu konsultieren.

2.3 Ist die Person von einer inländischen Polizeidienststelle bereits im SIS ausgeschrieben, gilt folgende Rangfolge:

- Art. 95 SDÜ (Festnahme),
- Art. 96 SDÜ (Einreiseverweigerung für Drittausländer),
- Art. 97 SDÜ (Ingewahrsamnahme),
- Art. 98 SDÜ (Aufenthaltsermittlung)/
Art. 99 SDÜ (verdeckte Registrierung/gezielte Kontrolle).

Ausschreibungen nach Art. 98 SDÜ und Art. 99 SDÜ stehen gleichrangig nebeneinander. Nicht vereinbar sind Ausschreibungen nach Art. 99 SDÜ (verdeckte Registrierung) mit Ausschreibungen anderer Staaten nach Art. 99 SDÜ (gezielte Kontrolle). Bei gleichrangiger Ausschreibung greift diejenige mit dem frühesten Erfassungsdatum. Abweichungen sind durch Absprachen möglich.

Ausschreibungen mit höherer Priorität verbleiben im SIS oder werden automatisch aufgenommen.

Ersetzt eine Ausschreibung mit höherer Priorität eine bereits bestehende Ausschreibung im SIS, ist die betroffene Ausschreibungsbehörde zu informieren.

Nachrangige deutsche Ausschreibungen werden entsprechend vorgeschriebener Prioritätenfestlegung automatisch im SIS bereit gestellt, sobald die bestehende deutsche Ausschreibung im SIS gelöscht wird.

Ausschreibungen inländischer Polizeidienststellen, die aufgrund vorrangiger Ausschreibungen nicht im SIS bereitgestellt sind, stehen jedoch vollständig zur Abfrage im INPOL zur Verfügung.

2.4 Die Ausschreibung im SIS ist nur möglich, wenn mindestens folgende Daten vorhanden sind:

- Geburts-/Familienname,
- Geburtsjahr,
- Anlass,
- Zweck (zu ergreifende Maßnahme).

Soweit bekannt, sollten weitere Daten, z.B. Vorname(n), Aliasname(n), Geschlecht, Geburtsdatum, hinzugefügt werden.

2.5 Bei Ausschreibungen zur Festnahme zwecks Auslieferung ist der Europäische Haftbefehl über das LKA an das BKA weiterzuleiten.

Die SIRENE im BKA prüft die Unterlagen und setzt sich ggf. mit der zuständigen Polizeidienststelle des Landes, des Bundes oder der Staatsanwaltschaft in Verbindung.

Die SIRENE aktiviert den Fahndungsdatensatz im SIS.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

noch Anlage 4

- 2.6 Die übrigen Ausschreibungen von Personen durch Polizeidienststellen, Justiz-, Zoll- oder Ausländerbehörden sind mit dem für die Fahndung nach Personen vorgesehenen Vordruck der ausschreibenden Polizeidienststelle zuzuleiten.

2.7 Laufzeit und Trefferfall

- 2.7.1 Die Laufzeit beginnt mit der Eingabe.
Die Laufzeiten im INPOL bleiben hiervon unberührt.
Die gesetzlichen Verjährungsfristen (§§ 78, 79 StGB) sind zu beachten.

Die Laufzeit im SIS beträgt bei Ersuchen zur

- Festnahme
 - gestellt von Justizbehörden 3 Jahre
 - gestellt von Ausländerbehörden 3 Jahre
- Ingewahrsamnahme
 - gestellt von Polizeidienststellen/ Justizbehörden 3 Jahre
- Aufenthaltsermittlung
 - gestellt von Justizbehörden 3 Jahre
- Einreiseverweigerung oder Einleitung aufenthaltsbeendender Maßnahmen, wenn sie trotz Verbots in das Gebiet der Schengen-Staaten einreisen wollen oder sich dort unerlaubt aufhalten
 - gestellt von Dienststellen mit grenzpolizeilichen Aufgaben 3 Jahre
- gezielten Kontrolle
 - gestellt von Polizeidienststellen, Justiz- oder Zollbehörden 1 Jahr

2.7.2 Im Trefferfall ist wie folgt zu verfahren:

Bei Festnahmen aufgrund von Ersuchen anderer Schengen-Staaten nach Art. 95 SDÜ sind unverzüglich

- die SIRENE
- die zuständige Polizeidienststelle des Landes
- die zuständige Generalstaatsanwaltschaft

bei Festnahmen durch die Bundespolizei außerdem

- die Bundespolizeidirektion

zu informieren.

Die SIRENE übersendet die für die Vorführung erforderlichen Unterlagen, die der Ausschreibung im SIS zugrunde liegen, und informiert den ausschreibenden Schengen-Staat über die Festnahme.

Die festgenommene Person ist unter Vorlage des Begleitpapiers dem Richter des nächsten Amtsgerichts vorzuführen (§ 22 IRG).

Bei Antreffen von Personen aufgrund einer Ausschreibung anderer Schengen-Staaten nach Art. 96 SDÜ sind die

- örtlich zuständige Ausländerbehörde
- SIRENE

zu informieren.

Bei unerlaubtem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland sind zusätzlich Maßnahmen nach § 62 AufenthG zu prüfen.

Bei legalem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland sind zusätzlich Maßnahmen nach den jeweiligen landesrechtlichen Regelungen zu prüfen.

Bei allen anderen Ausschreibungen eines Schengen-Staates (Art. 97 - 99 SDÜ) ist im Trefferfall unverzüglich die SIRENE zu unterrichten.

2.8 Fristverlängerung und Änderung

2.8.1 Fristverlängerungen sind grundsätzlich jeweils im Umfang der genannten Laufzeit zulässig.

Die technische Unterstützungseinheit des SIS weist den ausschreibenden Schengen-Staat einen Monat vor Fristablauf auf die automatische Löschung hin.

2.8.2 Anträge auf Fristverlängerung sind der für die Dateneingabe zuständigen Polizeidienststelle zuzuleiten. Ausschreibungen zur Einreiseverweigerung unter den Voraussetzungen des Art. 96 SDÜ werden im Zusammenwirken von Bundesverwaltungsamt und Ausländerbehörden verlängert. Fristverlängerungen bei Ausschreibungen durch die Bundespolizei werden in eigener Zuständigkeit vorgenommen.

2.8.3 Änderungen dürfen nur von der ausschreibenden Polizeidienststelle vorgenommen werden.

2.9 Erledigung und Löschung

2.9.1 Die Fahndung nach Personen ist unverzüglich zu löschen, wenn die zur Festnahme gesuchte Person

- im Inland festgenommen wurde,
- durch das Ausland ausgeliefert/überstellt wurde

oder

- wenn die Fahndungsvoraussetzungen aus anderen Gründen, z.B. durch Aufhebung des Haftbefehls, entfallen sind.

2.9.2 Von der Löschung sind neben der zuständigen Staatsanwaltschaft auch das BKA und das zuständige LKA bzw. die Bundespolizeidirektion zu unterrichten.

2.9.3 Bei Ausschreibungen zur Einreiseverweigerung werden die Daten erst bei Fristablauf oder nach Aufhebung der Verfügung gelöscht.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

noch Anlage 4

3 Ausschreibung zur Fahndung nach Sachen

3.1 Eine Sache darf von jedem Schengen-Staat nur einmal im SIS ausgeschrieben werden.

3.2 Sie kann durch mehrere Schengen-Staaten ausgeschrieben werden, wenn die Ausschreibungen miteinander vereinbar sind.

Nicht vereinbar sind Ausschreibungen

- nach Art. 99 SDÜ mit Ausschreibungen nach Art. 100 SDÜ

- nach Art. 99 SDÜ (verdeckte Registrierung) mit Ausschreibungen anderer Staaten nach Art. 99 SDÜ (gezielte Kontrolle)

Bei Unvereinbarkeit kann eine Ausschreibung erst erfolgen, wenn der andere Schengen-Staat die Ausschreibung zurückzieht. Die SIRENE ist zu konsultieren.

3.3 Gemäß Art. 100 SDÜ können folgende Sachen ausgeschrieben werden:

- gestohlene, unterschlagene oder sonst abhanden gekommene

- Kraftfahrzeuge mit einem Hubraum von mehr als 50 cm³,

- Anhänger und Wohnwagen mit einem Leergewicht von mehr als 750 kg,

- Schusswaffen,

- Blankodokumente,

- ausgestellte Identitätspapiere (Pässe, Identitätskarten, Führerscheine),

- Banknoten (Registriergeld).

3.4 Die Erfassung dieser Sachen im INPOL führt automatisch zu einer Ausschreibung im SIS, wenn mindestens folgende Daten vorhanden sind:

- Fahrzeuge,

- Ausschreibungsanlass,

- Ausschreibungszweck (zu ergreifende Maßnahme),

- Gegenstandsart,

- Fahrzeugidentifizierungsnummer oder amtliches Kennzeichen,

- Schusswaffen,

- Ausschreibungsanlass,

- Ausschreibungszweck (zu ergreifende Maßnahme),

- Gegenstandsart,

- individuelle alphanumerische Kennzeichnung,

- Blankodokumente und ausgestellte Identitätspapiere,

- Ausschreibungsanlass,

- Ausschreibungszweck (zu ergreifende Maßnahme),

- Gegenstandsart,
 - Herkunft,
 - individuelle alphanumerische Kennzeichnung,
 - Banknoten,
 - Ausschreibungsanlass,
 - Ausschreibungszweck (zu ergreifende Maßnahme),
 - Gegenstandsart,
 - Herkunft,
 - individuelle alphanumerische Kennzeichnung.
- 3.5 Besteht bereits eine Ausschreibung einer deutschen Behörde im SIS, ist eine weitere deutsche Ausschreibung im SIS nur möglich, wenn die bestehende zurückgenommen wird.
- Eine weitere Ausschreibung im INPOL ist möglich. Wird die Sache erneut im INPOL eingegeben, muss die automatische Weitersteuerung des Datensatzes in das SIS unterbleiben.
- 3.6 **Laufzeit und Trefferfall**
- 3.6.1 Die Laufzeit beginnt mit der Eingabe.
Die Laufzeiten im INPOL bleiben hiervon unberührt.
- Die Laufzeit beträgt bei
- Kraftfahrzeugen, Anhängern, Wohnwagen 3 Jahre
 - ausgestellten Identitätspapieren und Banknoten 5 Jahre
 - Schusswaffen und Blankodokumenten 10 Jahre
- 3.6.2 Im Trefferfall ist wie folgt zu verfahren:
Bei Auffinden einer Sache aufgrund eines Ersuchens eines anderen Schengen-Staates sind die in der Ausschreibung vorgesehenen Maßnahmen durchzuführen und es ist unverzüglich die SIRENE zu informieren.
- 3.7 **Fristverlängerung und Änderung**
- Fristverlängerungen sind nicht zulässig.
- Änderungen dürfen nur von der ausschreibenden Polizeidienststelle vorgenommen werden.
- 3.8 **Erledigung und Löschung**
- Die Fahndung ist unverzüglich zu löschen, wenn
- die Sache im Inland sichergestellt
 - die Sache im Ausland sichergestellt und an den Berechtigten herausgegeben
 - das Fahndungsziel auf andere Weise erreicht wurde.

Regelungen für die Ausschreibung im Bundeskriminalblatt und in den Landeskriminalblättern sowie deren Herausgabe

1 Allgemeines

Das BKBl. ist ein vom BKA herausgegebenes, nicht öffentliches Publikationsmedium zur Ausschreibung von Fahndungen, polizeilich interessierenden Sachverhalten und zur Weitergabe von Informationen. Es ist außerdem Fahndungshilfsmittel.

Für die LKBl. gelten die nachfolgenden Regelungen sinngemäß.

2 Zweck

Ausschreibungen im BKBl. dienen

- der Fahndung nach Personen und Sachen als Ergänzung von Ausschreibungen im INPOL/SIS
- dem Erkennen von Tatzusammenhängen und der Zuordnung der von Wiederholungstätern begangenen Straftaten
- der Ermittlung der Herkunft sichergestellter, vermutlich aus Straftaten stammender Sachen
- der Ermittlung von Vermissten, der Identifizierung von unbekannten Toten und unbekannten, hilflosen Personen
- der Personenfeststellung

Darüber hinaus dient das BKBl. der Veröffentlichung polizeilicher Informationen über

- Praktiken und Tatausführungsmerkmale von Straftätern (Ermittlungshinweise)
- Kriminalitätsentwicklungen
- die polizeiliche Kriminalprävention
- Entwicklungen auf dem Gebiet der Kriminaltechnik und -taktik
- polizeiliche Organisationen und Einrichtungen

Ämtliche Mitteilungen, Hinweise und allgemeine Informationen können aufgenommen werden.

3 Ausschreibungsanträge

- 3.1 Eine Ausschreibung im BKBl. soll grundsätzlich nur beantragt werden, wenn der Sachverhalt von länderübergreifendem Interesse ist. Ausschreibungsanträge sind über das zuständige LKA, bei der Bundespolizei über die Bundespolizeidirektion, dem BKA zuzuleiten. Das LKA/die Bundespolizeidirektion prüft die Anträge und ergänzt sie aus eigenen Unterlagen.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

noch Anlage 5

- 3.2 Der Text soll kurz, klar und mit wesentlichen Darstellungen (kein Telegrammstil) abgefasst werden. Es sind nur allgemein gebräuchliche Abkürzungen zu verwenden. Die Verwendung von KP-Meldungen, Anzeigendurchschriften, Vernehmungsprotokollen und Schlussberichten ist unzulässig. Für Form und Art der Anlieferung gelten die vom BKA festgelegten Standards (siehe BKBl.).
- 3.3 Für eine erfolgreiche Mitarbeit benötigen andere Polizeidienststellen möglichst viele verwertbare Anhaltspunkte, die im Ausschreibungsantrag enthalten sein müssen.
Zu diesem Zweck sind vorher sämtliche verfügbaren Erkenntnisse, insbesondere auch die bei anderen Polizeidienststellen vorhandenen Informationsquellen, zur Aktualisierung der Ausschreibung heranzuziehen.
- 3.4 Zur Erleichterung der Auswertung auf mögliche Tatzusammenhänge sollte bei Ausschreibungen von nicht aufgeklärten Straftaten die Sachverhaltsschilderung wie folgt gegliedert sein:
- Tat (Überschrift),
 - Tatzeit,
 - Tatort,
 - Arbeitsweise, Tatausführung, verwendete Tatmittel, z.B. Waffen, Werkzeuge,
 - gesicherte Spuren und deren Verbleib,
 - Beschreibung des durch die Tat erlangten oder nach der Tat vom Täter zurückgelassenen Guts,
 - Täterbeschreibung einschließlich persönlichkeitsgebundener Verhaltensweisen,
 - Ausschreibungszweck, Ermittlungsfragen,
 - ausschreibende Polizeidienststelle (Aktenzeichen, postalische Anschrift, Telefon/Fax/E-Mail, Sachbearbeiter).
- 3.5 Wenn die Ausschreibung darauf abzielt, einem bekannten oder festgenommenen Straftäter weitere Straftaten nachzuweisen, ist folgende Gliederung einzuhalten:
- Name, Geburtsdatum, -ort, Staatsangehörigkeit, Wohnung, Beruf, Aliasname,
 - Zeit und Ort der Festnahme, Verbleib,
 - Arbeitsweise, Tatausführung, Hinweise auf perseverante oder personen-gebundene Verhaltensweisen,
 - mitgeführte Sachen, z.B. Tatmittel, Ausweise, Bescheinigungen,
 - sichergestellte, auf Straftaten deutende Sachen,
 - Reiseweg (Daten, Orte, Straftaten), benutzte Verkehrsmittel,
 - Vorstrafen,
 - Personenbeschreibung,

- Hinweise auf Ermittlungs- oder Sammelverfahren,
- Ausschreibungszweck, Ermittlungsfragen,
- ausschreibende Polizeidienststelle (Aktenzeichen, postalische Anschrift, Telefon/Fax/E-Mail, Sachbearbeiter).

- 3.6 Ausschreibungen können durch Abbildungen von Tätern, Opfern, Spuren oder der durch die Tat erlangten oder sichergestellten Sachen ergänzt werden. Dabei ist zu beachten, dass die Aufnahme von Bildern innerhalb der Fahndung nach Sachen auf markante und durch die Abbildung identifizierbare Sachen beschränkt werden muss.
- 3.7 Die den Anträgen beigefügten Bilder müssen auf der Rückseite so gekennzeichnet sein, dass ihre Verbindung zum Antrag klar ersichtlich ist. Personenaufnahmen müssen mit den Personalien der abgebildeten Person versehen sein. Eine Rücksendung der Bilder erfolgt nicht.
- 3.8 Anträge, die den vorstehenden Regelungen nicht entsprechen, können zurückgewiesen werden. Sie werden dem zuständigen LKA, bei der Bundespolizei der Bundespolizeidirektion, zugeleitet.
- 3.9 Redaktionelle Änderungen und die Entscheidung über etwaige Bildveröffentlichungen bleiben dem BKA vorbehalten.

4 Behandlung und Verwahrung

Das BKBl. ist nur für den dienstlichen Gebrauch bestimmt. Es ist sicher aufzubewahren. Weitergabe, Abdruck und Auswertung außerhalb des Bezieherkreises sind auch auszugsweise nicht gestattet. Dies gilt auch für die im polizeilichen Extranet/ExtraPol verfügbare elektronische Version. Dies schließt jedoch nicht aus, dass im Rahmen der polizeilichen Ermittlungstätigkeit im Einzelfall geeignete Bildveröffentlichungen aus Druckversion bzw. aus der elektronischen Version, ggf. aus dem erweiterten Bilderpool, von Zeugen unter Beachtung der einschlägigen Rechtsvorschriften eingesehen werden können. Für die Einsichtnahme gelten die Richtlinien für die Führung der Lichtbildvorzeigekartei (LVK) vom 10.02.1984.

Bei Verlust von Druckversionen ist die Ursache zu erforschen und das BKA über das zuständige LKA, bei der Bundespolizei über die Bundespolizeidirektion, zu informieren.

Druckversionen oder Ausdrucke der elektronischen Version sind, soweit sie nicht als Nachschlagewerk gesammelt und sicher verwahrt werden, in einer jeden Missbrauch ausschließenden Weise zu vernichten; dies gilt entsprechend für die elektronische Version.

5 Sonderausgaben und Beilagen

- 5.1 Bei bedeutsamen Straftaten, Seriendelikten von überregionalem Interesse oder zur polizeilichen Information, z.B. Forschung und Entwicklung, Informationen über den Datenverbund, Richtlinien, gibt das BKA Sonderausgaben des BKBl. oder Beilagen zum BKBl. heraus.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

noch Anlage 5

5.2 Sonderausgaben können in Form und Inhalt dem besonderen Zweck angepasst und auch als Taschenbuch oder Loseblattsammlungen herausgegeben werden.

5.3 Beilagen werden dem BKBl. beigelegt. Sie werden so gestaltet, dass sie der Hauptausgabe entnommen und gesondert ihrer Bestimmung gemäß verwendet werden können.

6 Verbindung zur Öffentlichkeitsfahndung

6.1 Bei Fahndungen unter Zuhilfenahme von Presse, Hörfunk, Fernsehen, öffentlich zugänglichen Datennetzen oder durch Plakataushang, in denen die Öffentlichkeit aufgefordert wird, Fahndungshinweise zu geben, sind die Polizeidienststellen - nach Möglichkeit bereits vor Inanspruchnahme der Medien - über eine Ausschreibung im BKBl. zu informieren. Auf diese Weise besteht bei allen Polizeidienststellen die bei der Entgegennahme von Hinweisen erforderliche Sachkenntnis.

6.2 In den Ausschreibungen ist auf die Art der Öffentlichkeitsfahndung, z.B. Fernsehsendungen, Plakataushänge, Presseveröffentlichungen, in öffentlich zugänglichen Datennetzen, sowie auf die zeitliche und regionale Ausdehnung dieser Fahndung hinzuweisen.

7 Verbindung zum INPOL/SIS

Soweit Ausschreibungen im BKBl. ausschließlich oder teilweise der Fahndung nach Personen oder Sachen dienen, sind sie lediglich Ergänzungen von Fahndungsnotierungen im INPOL/SIS, z.B. durch Beschreibungen, Abbildungen. Strafprozessuale Maßnahmen aufgrund von Fahndungsausschreibungen im BKBl. sind nur nach vorheriger Abfrage und Bestätigung im INPOL/SIS zulässig.

Veröffentlichungen im BKBl. können ggf. im INPOL vermerkt werden.

8 Auswertung des BKBl.

Erkenntnisse sind direkt an die am Schluss jeder Ausschreibung aufgeführte Polizeidienststelle, nachrichtlich an das zuständige LKA, bei der Bundespolizei an die Bundespolizeidirektion, und an das BKA zu richten.

9 Erledigungen

Erledigungen sind durch die ausschreibende Polizeidienststelle über das zuständige LKA, bei der Bundespolizei über die Bundespolizeidirektion, dem BKA mitzuteilen. Der Grund der Erledigung ist anzugeben. Sofern die Ausschreibung im BKBl. zum Erfolg geführt hat, ist darauf hinzuweisen.

10 Erscheinungsweise

Das BKBl. erscheint grundsätzlich werktäglich, außer samstags.

11 Bezieherkreis

Das BKBl. wird vom BKA an die in den „Richtlinien für die Verteilung der Bundes- und Landeskriminalblätter“ vom 21. Februar 1974 bezeichneten Dienststellen auf Anforderung geliefert.

12 Kosten und Versand

Die Aufnahme von Ausschreibungen und der Bezug des BKBl. sind kostenfrei. Bedarfsan- und -abmeldungen sind über das LKA, bei der Bundespolizei über die Bundespolizeidirektion, an das BKA zu richten.

**Merkblatt für Kontrollstellen
(Muster)**

- 1 Melden Sie die Besetzung der zugewiesenen Kontrollstelle möglichst verschleiert bzw. verschlüsselt (z.B. mit Funkmeldesystem), ausnahmsweise offen gemäß folgendem Beispiel: „Delme 4401 hat OL 115 besetzt.“
- 2 Werden bei Geiselnahmen, Entführungen oder herausragenden Erpressungen Ringalarmfahndungen angeordnet, sind grundsätzlich verdeckte Kontrollen bzw. verdeckte Durchfahrtkontrollen durchzuführen.
Denken Sie daran, dass das Anhalten von Fahrzeugen oder Personen nur auf besondere Anweisung zulässig ist.
- 3 Dokumentieren Sie zumindest stichwortartig die Anordnungen der Einsatzführung sowie die Fahndungsinformationen.
- 4 Im Rahmen der Durchfahrtkontrolle:
Beobachten Sie den Kfz-Verkehr aus Richtung Tatort und erfassen Sie ihn in Kontrolllisten, soweit es insbesondere die Verkehrslage zulässt.
- 5 Im Rahmen der Anhaltekontrolle:
Kontrollieren Sie bei konkreten Informationen entsprechende Personen und Fahrzeuge.
Führen Sie Kontrolllisten.
- 6 Berücksichtigen Sie bei Fahndungsinformationen, dass Tatverdächtige z.B. das Fahrzeug gewechselt oder ihr Aussehen verändert haben können.

Melden Sie wichtige Feststellungen unverzüglich, ggf. verschleiert bzw. verschlüsselt, der Einsatzführung.
- 7 Leiten Sie die Kontrolllisten - auch ggf. gefertigte Bild- oder Tonträger - sowie sonstige erstellte Unterlagen unverzüglich nach Beendigung der Fahndung der sachbearbeitenden Dienststelle zur Auswertung zu.
- 8 Beachten Sie die Empfehlungen zur Eigensicherung (LF 371), insbesondere nachfolgende Grundregeln
- 8.1 bei Durchfahrtkontrollen
 - Wählen Sie bei allen Durchfahrtkontrollen den Standort des Dienstfahrzeugs so, dass unbemerktes Annähern an das Dienstfahrzeug oder Einwirken von Personen auf Sie oder Ihre Kollegen grundsätzlich ausgeschlossen ist.
 - Berücksichtigen Sie, dass sich Tatverdächtige nicht zwangsläufig aus Richtung Tatort annähern.
 - Rechnen Sie bei Annäherung von Personen mit Angriffen gegen sich selbst und Ihre Kollegen.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

noch Anlage 6

- Bedenken Sie, dass Sitzen im Dienstfahrzeug Ihren Überblick und Ihre Handlungsfähigkeit einschränkt.
- Tragen Sie eine Schutzweste.

8.2 bei Anhaltekontrollen

- Verwenden Sie bei der Einrichtung der Kontrollstelle die dafür vorgesehenen FEM.
- Seien Sie als Anhalteposten deutlich erkennbar.
Tragen Sie Sicherheitsbekleidung.
Achten Sie auf ausreichende Beleuchtung Ihrer Position.
- Geben Sie Ihre Zeichen für den sich nähernden Fahrzeugführer rechtzeitig, deutlich erkennbar und eindeutig.
- Verwenden Sie den Anhaltestab; schalten Sie bei Dämmerung oder Dunkelheit dessen Beleuchtung ein.
- Weisen Sie Verkehrsteilnehmer deutlich in die Kontrollstelle ein.
- Rechnen Sie damit, dass der Anzuhaltende nicht reagiert oder ein Anhalten nur vortäuscht.
Nehmen Sie deshalb eine Position ein, die es Ihnen ermöglicht, sich in Sicherheit zu bringen.
- Tragen Sie eine Schutzweste.

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH -

Anlage 7

**Kontrollliste
(Muster)**

(Polizeidienststelle)

(Ort, Datum)

Einsatzfahrzeug (Rufname):

Besatzung (Name, Amtsbezeichnung):

Einsatzführung:

Einsatzauftrag:

Uhrzeit, Auslösestichwort „Ring“, zugewiesene Kontrollstelle:

Art der angeordneten Kontrolle:

☐ Durchfahrtkontrolle

☐ Anhaltekontrolle

angeordnete Kontrollrichtung:

Tatort/Feststellungsort, Tatzeit, Sachverhalt, Fahndungsinformation:

weitere Anordnungen:

Durchführung (Kontrollstelle besetzt von - bis):

Anlagen:

Anzahl der beigelegten Blätter „Kontrollergebnisse“:

sonstige beigelegte Unterlagen:

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

noch Anlage 7

Blatt: _____

Kontrollergebnisse

Kontrollstelle, ggf. Kontrollrichtung: _____

[illegible]

nur bei Anhaltekontrollen

Merkblatt für Fahndungsinformationen

(pro Täter ein Blatt)

I. Flucht des Täters

--

Text:

Seit _____ flüchtig nach _____ in _____

(Uhrzeit)

(Delikt/Ereignis)

(Tatort: Ortsteil/Straße)

_____ Täter in Richtung _____

(noch Tatort)

(Anzahl)

(Fluchtrichtung)

Zeuge/Hinweisgeber: _____

aufgenommen durch: _____

1. Bewaffnet mit

	Pistole/Revolver
	Gewehr
	Maschinenpistole
	Sprengstoff/Handgranate
	Messer

2. Flüchtig

	zu Fuß
	mit PKW
	mit LKW
	mit Motorrad
	mit Fahrrad
	mit Mofa
	mit Moped
	öffentliche Verkehrsmittel

3. Fluchtmittel -Ergänzungen-

Anz. der Fahrzeuginsassen	
Kennz.	
Farbe	
Fabrikat	
Modell	
Merkmale	

II. TäterbeschreibungGeschlecht: ☐ männlich ☐ weiblich Alter ca. _____ Größe ca. _____ cm**1. Phänotypus**

	Europäisch
	Asiatisch
	Afrikanisch
	Indianisch

2. Gestalt

	hager
	schlank
	athletisch
	dick

3. Haare/Bart

	Farbe/Länge
Haare	
	Farbe/Form
Bart	

4. Bekleidung

	Farbe
Mantel	
Jacke	
Pullover	
Hemd/Bluse	
Hose/Rock	
Schuhe	

5. Kopfbedeckung

	Hut
	Mütze
Farbe	
Material	
Art	

6. Maskierung

	nein
	ja
Beschreibung:	

7. sonstige Merkmale

	Brille
	Ketten/Ringe
	Piercing
	Tätowierungen
	Narben
Beschreibung:	

8. Transportmittel für Stehlgut

	Einkaufstüte
	Plastikbeutel
	Tüte
Farbe	
Material	
Aufdruck	

**Anordnung einer Grenzalarmfahndung, Landesalarmfahndung, Bundesalarmfahndung/Schwerpunktfahndung
(Muster)**

Die Anordnung soll die nachfolgenden Angaben enthalten:

- 1 Anlass und Zweck
- 2 Zeitraum
- 3 Fahndungsraum
- 4 Fahndungsschwerpunkt
- 5 Fahndungsobjekt
- 6 Fahndungsmaßnahme
- 7 Fahndungsinformationen
- 8 bereits ausgelöste eigene Fahndungsmaßnahmen
- 9 Regelung zur Geheimhaltung
- 10 Regelung für die Erteilung von Presseauskünften
- 11 Inhalt der Ergebnismeldung
- 12 Erreichbarkeit/luK-Verbindungen
- 13 Einsatzführung

Polizeidienststelle, Name, Unterschrift

Vorrangfahndung

(Absendende Dienststelle)

Ort, Datum

☎ (Vorwahl und Rufnummer)

Aktenzeichen/Tgb.-Nr.

I. An das
LKA

Vorrangfahndung

Antrag zur

☐ Aufnahme☐ Rücknahme

len

☐ Verlängerung / Ergänzung

Zutreffendes ankreuzen oder ausfüllen

Familienname/Ehename/Geburtsname			
Sonstige Namen und Namensbestandteile (GS= Geschiedenername; VW= Verwitwetername; FR= Früherer Name, GN= Genanntname, KN= Künstlurname, ON= Ordensname)			
Vorname(n)			
Geburtsdatum	Geburtsort	Staatsangehörigkeit	
Personenbeschreibung Geschlecht <input type="checkbox"/> Männlich <input type="checkbox"/> Weiblich		Größe (cm)	Gestalt
Besondere Merkmale <input type="checkbox"/> Schusswaffe <input type="checkbox"/> Gewalttäter <input type="checkbox"/> Ausbrecher (beschreiben) <input type="checkbox"/> andere			
Personalpapiere (Reisepass, Personalausweis usw.) Art		Nummer	Datum und Ort der Ausstellung
Beruf			
Gesucht wegen			
Ausschreibende Behörde / Aktenzeichen		<input type="checkbox"/>	Haftbefehl
Zuletzt erkennungsdienstlich behandelt am in			
Person <input type="checkbox"/> Aufnahme datum <input type="checkbox"/> steht fest <input type="checkbox"/> steht nicht fest <input type="checkbox"/> ist anerkannt <input type="checkbox"/> Personalien sind beurkundet		Lichtbilder (Anzahl) sind beigelegt	
Begründung der Vorrangfahndung (ggf. Beiblatt beifügen)			
Aliasnamen		Spitznamen	
Frühere Aufenthaltsorte		Mögliche Aufenthaltsorte	
Tat- bzw. Fluchtfahrzeuge			

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

noch Anlage 10

Mittäter								
Begleitpersonen								
Verbindung zu Personen / Gruppen								
Polizeiliche Erkenntnisse								
Laufzeit von bis Verlängerung bis								
<input type="checkbox"/> Ergänzung (ggf. Beiblatt beifügen):								
<input type="checkbox"/> Rücknahme der Vorrangfahndung mit Begründung (ggf. Beiblatt beifügen):								
Inanspruchnahme von Presse, Rundfunk, Fernsehen, Internet und Plakatanschlag <input type="checkbox"/> wird beantragt <input type="checkbox"/> ist erfolgt		Interpol-Fahndung ist <input type="checkbox"/> eingeleitet <input type="checkbox"/> nicht eingeleitet						
Nur vom BKA auszufüllen: <table border="1" style="width:100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 15%;">Laufzeit der Vorrangfahndung von</td> <td style="width: 15%;">bis</td> <td style="width: 25%;">Verlängert bis</td> <td style="width: 25%;">Widerrufen am</td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> </table>				Laufzeit der Vorrangfahndung von	bis	Verlängert bis	Widerrufen am	
Laufzeit der Vorrangfahndung von	bis	Verlängert bis	Widerrufen am					
Sonstige Maßnahmen								
Im BKBl. Nr. _____ _____ ausgeschrieben		Internationale Fahndung eingeleitet am _____ in Zone _____						
Unterschrift und Amtsbezeichnung _____								

II. Weitergeleitet an das

BKA

(Eingangsvermerke, Unterschrift)

65173 Wiesbaden

Grundsätze für die bundesweite Ausstrahlung von Fahndungsmeldungen im Fernsehen

(Fassung vom 24. Juni 1987)

Die ARD-Rundfunkanstalten und das ZDF einerseits sowie die Justizminister und Innenminister/-senatoren des Bundes und der Länder andererseits gehen bei der bundesweiten Ausstrahlung von Fahndungsmeldungen im Fernsehen von folgenden Grundsätzen aus:

I.

1 Grundsätzliches

Im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und auf der Grundlage der erlassenen Richtlinien über die Inanspruchnahme von Publikationsorganen zur Fahndung nach Personen bei der Strafverfolgung gelten die nachfolgenden Grundsätze.

2 Voraussetzungen für die Ausstrahlung von Fahndungsmeldungen

Um die Ausstrahlung einer Fahndungsmeldung soll nur ersucht werden, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- 2.1 Die Fahndung betrifft namentlich bekannte oder unbekannte Tatverdächtige, flüchtige Verurteilte oder ausnahmsweise Zeugen.
- 2.2 Die Straftat ist schwerwiegend und hat überregionale Bedeutung (z.B. Mord, Geiselnahme, Entführung, terroristischer Anschlag, organisierter Rauschgifthandel).
- 2.3 Die bundesweite Fahndungsmeldung ist geeignet, die Ermittlungen entscheidend zu fördern.
- 2.4 Alle herkömmlichen polizeilichen Fahndungsmaßnahmen sind erfolglos ausgeschöpft oder versprechen nicht den gleichen Erfolg.
- 2.5 Bei der Suche nach einem bekannten Tatverdächtigen muss grundsätzlich ein Haftbefehl oder ein Unterbringungsbefehl vorliegen. Bei Gefahr im Verzug genügt es, dass die Voraussetzungen für den Erlass eines Haftbefehls oder Unterbringungsbefehls vorliegen.

Die Fahndungsmeldung sollte, soweit erforderlich und möglich, optisch (z.B. durch ein Foto des Tatverdächtigen) unterlegt werden können.

Umfang, Ausgestaltung und beabsichtigte Breitenwirkung der Fahndungsmeldung müssen im angemessenen Verhältnis zur Bedeutung der Straftat stehen.

3 Verfahren

Die Polizei nennt eine Stelle¹⁾ für die Koordinierung solcher Fahndungsmeldungen, die im Fernsehen ausgestrahlt werden sollen. Diese Stelle wird der Hauptredaktion „Aktuelles“ des ZDF sowie der Chefredaktion von „ARD-aktuell“ in Hamburg jeweils das Ersuchen um bundesweite Ausstrahlung einer Fahndungsmeldung übermitteln.

1) Diese Aufgabe wird durch das BKA wahrgenommen (Beschluss AG Kripo vom 03./04.12.97, TOP 7.2).

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

noch Anlage 11

Ersuchen um Fahndungshilfe der Rundfunkanstalten sind dieser Stelle über das zuständige LKA bzw. vom BKA zuzuleiten.

Die Hauptredaktion „Aktuelles“ des ZDF sowie die „ARD-aktuell“-Chefredaktion in Hamburg erhalten das erforderliche Material rechtzeitig in geeigneter Form.

In dem Ersuchen, eine Fahndungsmeldung auszustrahlen, liegt die Zusicherung, dass die Voraussetzungen für die Ausstrahlung gem. Ziff. 1 Nr. 2 erfüllt sind.

Die Rundfunkanstalten sind grundsätzlich bereit, die Fahndungsmeldung im Rahmen ihrer Sendezeit auszustrahlen. Ihre Programmverantwortung bleibt unberührt. Sofern die zuständigen Redaktionen den Inhalt der übermittelten Fahndungsmeldung verändern, nehmen sie Kontakt mit der Koordinierungsstelle auf.

Die Rundfunkanstalten sind bestrebt, die Fahndungsmeldung grundsätzlich mit der Hauptausgabe der Abendnachrichten, zur Zeit 19.00 Uhr bzw. 20.00 Uhr, zu verbinden. Geschieht dies nicht, soll in den Nachrichten ein Hinweis auf die spätere Ausstrahlung der Fahndungsmeldung aufgenommen werden.

4

Haftung

Der Justizfiskus stellt die Rundfunkanstalten von solchen Ansprüchen Dritter frei, die aufgrund der Ausstrahlung der von der Koordinierungsstelle der Polizei vorgelegten bzw. mit ihr gem. Ziff. 1 Nr. 3 Abs. 5 abgestimmten Fahndungsmeldung geltend gemacht werden.

II.

Soweit Ersuchen nach bundesweiter Ausstrahlung von wichtigen polizeilichen Meldungen von diesen Grundsätzen nicht erfasst werden, kann hierzu eine Regelung im Einzelfall zwischen der Koordinierungsstelle der Polizei und den Rundfunkanstalten getroffen werden.

Kriterienkatalog für unter Mitwirkung der Polizei von den Medien initiierte Fernsehproduktionen zum Zwecke der Öffentlichkeitsfahndung
(IMK-Beschluss vom 08.05.1998)

- 1 Die Öffentlichkeitsarbeit der Polizei soll das Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden fördern.
- 2 Eine negative Beeinflussung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger ist zu vermeiden.
- 3 Das polizeiliche Anliegen muss klar herausgearbeitet werden und für die Zuschauerinnen und Zuschauer unmissverständlich erkennbar sein.
- 4 Fernsehsendungen mit überzogener Gewaltdarstellung und solche, die überwiegend auf die Befriedigung der Sensationslust, des Voyeurismus und der Effekthascherei reflektieren, sind mit den Grundsätzen der polizeilichen Öffentlichkeitsarbeit nicht zu vereinbaren.
- 5 Die mögliche Wirkung einer Öffentlichkeitsfahndung ist in jedem Einzelfall vorher abzuschätzen; insbesondere ist auf das Leid der Opfer, die Gefühle der Angehörigen und den Schutz der Privatsphäre Rücksicht zu nehmen.
- 6 Insbesondere setzen
 - öffentliche Interessen
 - schutzwürdige Privatinteressen
 - rechtliche Regelungen
 - die sachgerechte Durchführung von Ermittlungsverfahren
 - die Einhaltung von Vorschriften des Datenschutzes
 - Geheimhaltungsverpflichtungen sowie
 - taktisches, strategisches und kriminalistisches Vorgehen der Polizeider Zusammenarbeit Grenzen.
- 7 Das Instrument der Öffentlichkeitsfahndung ist zur Vermeidung einer möglichen Desensibilisierung der Öffentlichkeit für Fahndungsanliegen nur nach Einzelfallprüfung unter Zugrundelegung eines strengen Maßstabes einzusetzen.
- 8 Namen von betroffenen Personen, Firmen oder juristischen Personen können - soweit es der Einzelfall erfordert und schutzwürdige Interessen nicht entgegenstehen - bekannt gegeben werden. Werturteile über Personen sowie Äußerungen zur Schuldfrage sind zu unterlassen.
- 9 Der real zugrundeliegende Fall darf durch das schauspielerische Szenario nicht in den Hintergrund treten; insbesondere darf das Fahndungsfoto nicht durch den Einsatz der Schauspieler überlagert werden.
- 10 Bei der Darstellung fiktiver Handlungsabläufe muss das reale Tatgeschehen deutlich bleiben.

Gemeinsame Bekanntmachung des ... [Justizministeriums] und des ... [Innenministeriums] über die Inanspruchnahme von Publikationsorganen und die Nutzung des Internets sowie anderer elektronischer Kommunikationsmittel zur Öffentlichkeitsfahndung nach Personen im Rahmen von Strafverfahren
(Fassung vom 17.11.2004)

Für die Inanspruchnahme von Publikationsorganen und die Nutzung des Internets sowie anderer elektronischer Kommunikationsmittel zur Öffentlichkeitsfahndung nach Personen im Rahmen von Strafverfahren wird Folgendes bestimmt:

1 Allgemeines

1.1 Grundsätzliches zur Einschaltung von Publikationsorganen und zur Nutzung von öffentlich zugänglichen elektronischen Medien

Die Strafverfolgungsbehörden sind gehalten, alle gesetzlich zulässigen Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, zur Aufklärung von Straftaten beizutragen. Insbesondere besteht die Möglichkeit, Publikationsorgane (z.B. Presse, Rundfunk, Fernsehen), die im Hinblick auf ihre Breitenwirkung in vielen Fällen wertvolle Fahndungshilfe leisten können, um ihre Mitwirkung zu bitten sowie öffentlich zugängliche elektronische Kommunikationsmittel zur Bereitstellung oder gezielten Verbreitung der Informationen (insbesondere das Internet) zu nutzen. Das gilt sowohl für die Fahndung nach einem bekannten oder unbekannten Tatverdächtigen als auch für die Suche nach anderen Personen, insbesondere Zeugen.

Die Einschaltung von Publikationsorganen sowie die Nutzung der öffentlich zugänglichen elektronischen Kommunikationsmittel zu Fahndungszwecken stellen stets eine Öffentlichkeitsfahndung dar, die nur bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen (vgl. insbes. § 131 Abs. 3 sowie § 131a Abs. 3, §§ 131b, 131c Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 StPO) in Betracht kommt.

Darüber hinaus ist zu bedenken, dass bei allzu häufiger Inanspruchnahme der Massenmedien das Interesse und die Bereitschaft der Öffentlichkeit, an der Aufklärung von Straftaten mitzuwirken, erlahmen können. Stets ist auch zu prüfen, ob die Gefahr der Täter- oder Beteiligtenwarnung oder die Gefahr der Nachahmung von Straftaten zu befürchten ist.

1.2 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

Die gesetzlichen Regelungen der Öffentlichkeitsfahndung stellen in weiten Teilen Ausgestaltungen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes dar. In jedem Einzelfall bedarf es daher einer sorgfältigen Abwägung zwischen dem öffentlichen Interesse an einer wirksamen Strafverfolgung einerseits und den schutzwürdigen Interessen des Beschuldigten und anderer Betroffener andererseits. Dabei sind namentlich folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

Die Öffentlichkeitsfahndung kann dazu führen, dass Straftaten beschleunigt aufgeklärt werden und der Tatverdächtige bald ergriffen wird. Die zügige Aufklärung von Straftaten und die Aburteilung des Täters können verhindern, dass der Täter weitere Straftaten begeht. Eine schnelle und wirksame Strafverfolgung hat auch einen bedeutenden generalpräventiven Effekt. Sie dient der Sicherheit und dem Schutz des Bürgers und schafft dadurch die Voraussetzungen für eine wirksame Verbrechensbekämpfung.

Andererseits entsteht durch die Erörterung eines Ermittlungsverfahrens mit Namensnennung des Tatverdächtigen in den Publikationsorganen die Gefahr einer erheblichen Rufschädigung. Mit zunehmender Verbreitung des Internets gilt dies im wachsenden Maße auch für die Nutzung dieses elektronischen Mediums zu Fahndungszwecken. Die spätere Resozialisierung des Täters kann durch unnötige Publizität seines Falles schon vor der Verhandlung erschwert werden. Auch andere Personen, die in den Tatkomplex verwickelt sind oder die in nahen Beziehungen zu dem Tatverdächtigen stehen, können durch eine öffentliche Erörterung schwer benachteiligt werden. Eine Bloßstellung oder Schädigung des Tatverdächtigen oder anderer Betroffener muss nicht nur in deren Interesse, sondern auch im Interesse der Strafrechtspflege möglichst vermieden werden.

Daher ist stets auch zu prüfen, ob der beabsichtigte Fahndungserfolg nicht auch durch Maßnahmen, die den Tatverdächtigen oder andere Betroffene weniger beeinträchtigen, erreicht werden kann, namentlich dadurch, dass

- nur Medien von geringerer Breitenwirkung in Anspruch genommen werden,
- andere Formen der Öffentlichkeitsfahndung wie Plakate, Handzettel oder Lautsprecherdurchsagen gewählt werden oder
- die Fahndungshilfe örtlich oder in anderer Weise, etwa durch Verzicht auf die Verbreitung der Abbildung eines Gesuchten, beschränkt wird

Bei der Nutzung des Internets zu Fahndungszwecken ist außerdem zu berücksichtigen, dass die im Internet eingestellten Daten weltweit abgerufen und verarbeitet werden können. Dabei ist regelmäßig zu prüfen, ob und ggf. in welchem Umfang eine Internationale Fahndung einzuleiten ist.

Auf die schutzwürdigen Interessen von Personen, die von einer Straftat betroffen sind, ist Rücksicht zu nehmen. In der Regel ist dies dadurch zu erreichen, dass die Namen solcher Personen nicht publiziert werden. Sollte die Publizierung eines solchen Namens aus Fahndungsgründen zwingend notwendig sein, so ist vor Beginn der Öffentlichkeitsfahndung mit diesen Personen ins Benehmen zu treten, soweit der Fahndungszweck dadurch nicht gefährdet wird.

2 Entscheidung über die Einschaltung von Publikationsorganen und die Nutzung von öffentlich zugänglichen elektronischen Medien

2.1 Fahndung nach einem bekannten Tatverdächtigen

Die Öffentlichkeitsfahndung nach einem bekannten Tatverdächtigen kommt regelmäßig nur in Betracht, wenn dringender Tatverdacht wegen einer Straftat von erheblicher Bedeutung (Verbrechen, Vergehen von erheblichem Gewicht, z.B. schwere oder gefährliche Körperverletzung, Betrug mit hohem Vermögensschaden, Unterschlagung hoher Geldbeträge, Serientaten) gegeben ist.

Grundsätzlich muss bei Fahndungen mit dem Ziel der Festnahme ein Haftbefehl oder ein Unterbringungsbefehl vorliegen. Ist dies der Fall oder liegen die Voraussetzungen des § 131 Abs. 2 Satz 1 StPO vor, entscheidet über die Öffentlichkeitsfahndung grundsätzlich die Staatsanwaltschaft (§ 131 Abs. 3 Satz 1 StPO). Die Polizei führt eine nach § 131 Abs. 3 Satz 1 StPO gleichfalls mögliche Entscheidung des Richters nur herbei, wenn sie die Staatsanwaltschaft nicht rechtzeitig erreichen kann. Ist für die Polizei auch der Richter nicht rechtzeitig erreichbar, ist nach § 131 Abs. 3 Satz 2 bis 4 StPO zu verfahren und insbesondere unverzüglich binnen 24 Stunden eine Entscheidung der Staatsanwaltschaft herbeizuführen.

Wird die polizeiliche Eilanordnung von der Staatsanwaltschaft binnen 24 Stunden nicht bestätigt, teilt die Polizei dies den eingeschalteten Publikationsorganen mit und weist sie darauf hin, dass sie sich bei einer Fortsetzung ihrer Maßnahmen nicht mehr auf ein Fahndungsersuchen der Strafverfolgungsbehörden berufen können; eine erfolgte Nutzung des Internets zu Fahndungszwecken ist zu beenden.

Erfolgt die Öffentlichkeitsfahndung aufgrund einer Entscheidung der Staatsanwaltschaft, liegt ein Haft- oder Unterbringungsbefehl noch nicht vor und ist die Öffentlichkeitsfahndung noch nicht erledigt, ist unverzüglich, spätestens binnen einer Woche, von der Staatsanwaltschaft beim Richter eine Entscheidung über den Haft- oder Unterbringungsbefehl herbeizuführen (§ 131 Abs. 3 Satz 1 i.V.m. § 131 Abs. 2 Satz 2 StPO).

Lehnt der Richter den Erlass des Haft- oder Unterbringungsbefehls ab und ordnet er auch keine Öffentlichkeitsfahndung mit dem Ziel der Aufenthaltsermittlung (§ 131a Abs. 3 StPO) oder der Aufklärung einer Straftat (§ 131b Abs. 1 StPO) an, teilt die Staatsanwaltschaft dies den eingeschalteten Publikationsorganen mit und weist sie darauf hin, dass sie sich bei einer Fortsetzung ihrer Maßnahmen nicht mehr auf ein Fahndungsersuchen der Strafverfolgungsbehörden berufen können; eine erfolgte Nutzung des Internets zu Fahndungszwecken ist zu beenden.

2.2 Fahndung nach einem unbekannten Tatverdächtigen

Auch bei der Fahndung nach einem unbekannten Tatverdächtigen kann die Öffentlichkeitsfahndung veranlasst sein. In diesen Fällen gilt § 131 StPO nicht. Es ist daher - wenn nicht Gefahr im Verzug vorliegt - stets eine richterliche Entscheidung herbeizuführen (§ 131c Abs. 1 Satz 1 StPO). Die gesetzlichen Voraussetzungen des § 131b Abs. 1 StPO sind zu beachten. § 131b Abs. 1 StPO gilt auch für Phantombilder.

Wenn bei Gefahr im Verzug die Staatsanwaltschaft tätig geworden ist; bedarf die Maßnahme dann einer nachträglichen richterlichen Bestätigung, wenn das Internet zu Fahndungszwecken genutzt worden ist oder das Fernsehen oder ein periodisches Druckwerk dahingehend in Anspruch genommen worden ist, dass es zu einer wiederholten Veröffentlichung kommt, und die Maßnahme nicht binnen einer Woche erledigt ist (§ 131c Abs. 2 Satz 1 StPO). Eine nachträgliche richterliche Bestätigung ist daher insbesondere dann nicht erforderlich, wenn der Hörfunk in Anspruch genommen wurde oder sich die Maßnahme binnen einer Woche erledigt hat.

noch Anlage 13

Wenn bei Gefahr im Verzug eine Ermittlungsperson der Staatsanwaltschaft tätig geworden ist und die Maßnahme sich nicht alsbald erledigt hat, ist die Staatsanwaltschaft rechtzeitig vor Ablauf der Wochenfrist des § 131c Abs. 2 Satz 2 StPO einzuschalten, damit die Staatsanwaltschaft entweder selbst über die Bestätigung der Fahndung entscheiden oder eine nach § 131c Abs. 2 Satz 1 StPO notwendige richterliche Entscheidung herbeiführen kann.

2.3 Fahndung nach Zeugen

Für die Öffentlichkeitsfahndung nach Zeugen gilt Nr. 2.2 entsprechend. Maßnahmen zur Aufenthaltsermittlung eines bekannten Zeugen sind in § 131a Abs. 1, 3 bis 5 StPO, Maßnahmen zur Aufklärung einer Straftat, insbesondere zur Feststellung der Identität eines unbekannten Zeugen sind in § 131b Abs. 2, 3 StPO geregelt. Eine Öffentlichkeitsfahndung zur Aufenthaltsermittlung eines Zeugen unterbleibt nach § 131a Abs. 4 Satz 3 StPO, wenn überwiegende schutzwürdige Interessen des Zeugen entgegenstehen. Bei der Veröffentlichung der Abbildung eines Zeugen ist zu beachten, dass die Subsidiaritätsklausel in § 131b Abs. 2 StPO enger gefasst ist als die in § 131b Abs. 1 StPO. Stets muss die Veröffentlichung erkennbar machen, dass die gesuchte Person nicht Beschuldigter ist (§ 131a Abs. 4 Satz 2, § 131b Abs. 2 Satz 2 StPO).

2.4 Fahndung nach einem flüchtigen Verurteilten

Die Öffentlichkeitsfahndung nach einem flüchtigen Verurteilten soll nur dann erfolgen, wenn der wegen einer Straftat von erheblicher Bedeutung Verurteilte noch mindestens ein Jahr Freiheitsstrafe zu verbüßen hat, wenn seine Unterbringung angeordnet ist oder wenn seine Ergreifung aus anderen Gründen, etwa wegen der Gefahr weiterer erheblicher Straftaten, im öffentlichen Interesse liegt.

Wer über die Öffentlichkeitsfahndung entscheidet, hängt auch in diesen Fällen davon ab, ob ein Haftbefehl oder Unterbringungsbefehl bzw. deren Voraussetzungen vorliegen oder nicht. Wenn zumindest die Voraussetzungen für einen Haftbefehl nach § 457 Abs. 2 StPO oder einen Unterbringungsbefehl nach § 463 Abs. 1 i.V.m. § 457 Abs. 2 StPO gegeben sind, was in aller Regel der Fall sein dürfte, gilt Nr. 2.1 Abs. 2 bis 4 mit der Maßgabe entsprechend, dass über den Vollstreckungshaftbefehl und die Öffentlichkeitsfahndung nicht der Richter entscheidet, sondern die Vollstreckungsbehörde.

3 Umsetzung der Maßnahmen

3.1 Einschaltung von Publikationsorganen, insbesondere des Fernsehens

Die Publikationsorgane sind grundsätzlich nicht verpflichtet, bei der Öffentlichkeitsfahndung mitzuwirken. Die Erfahrung hat aber gezeigt, dass viele Publikationsorgane zur Mitwirkung bereit sind.

Von praktischer Bedeutung für die inländische Fernsehfangndung sind dabei die „Grundsätze für die bundesweite Ausstrahlung von Fahndungsmeldungen im Fernsehen“ aus dem Jahr 1987, an deren Erarbeitung die ARD-Rundfunkanstalten und das ZDF einerseits sowie die Justizminister und Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder andererseits beteiligt waren. Bei diesen Grundsätzen handelt es sich nicht um einen öffentlich-rechtlichen Vertrag, sondern um Absichtserklärungen der Beteiligten darüber, wie sie im Rahmen einer Fernsehfangndung verfahren wollen.

Wenn ausländische Fernsehsender in die Öffentlichkeitsfahndung eingeschaltet werden sollen, sind die Grundsätze der Internationalen Rechtshilfe und der Internationalen Fahndungsausschreibung zu beachten.

3.2 Nutzung des Internets

Um die Aufmerksamkeit der Internet-Nutzer für die Öffentlichkeitsfahndung zu erlangen, ist es zweckmäßig, die staatlichen Fahndungsaufrufe im Internet auf speziellen Seiten - etwa der Polizei - zu bündeln. Private Internetanbieter sollen grundsätzlich nicht eingeschaltet werden.

Sobald das Fahndungsziel erreicht ist oder die Ausschreibungsvoraussetzungen aus sonstigen Gründen nicht mehr vorliegen, ist die Nutzung des Internets zu Fahndungszwecken unverzüglich zu beenden. Darüber hinaus sind Internetfahndungen von der Staatsanwaltschaft - in den Fällen der Nr. 2.4 von der Vollstreckungsbehörde - regelmäßig, spätestens in halbjährlichen Abständen, hinsichtlich des weiteren Vorliegens der Ausschreibungsvoraussetzungen, insbesondere der weiteren Erfolgsaussichten dieser Fahndungsmethode, zu prüfen.

4 Öffentlichkeitsfahndung, die nicht ausschließlich Zwecken der Strafverfolgung oder -vollstreckung dient

Zum Strafverfahren im Sinne dieser Regelung gehören auch die Fälle des § 131a Abs. 2 StPO und des § 2 Abs. 3 DNA-Identitätsfeststellungsgesetz. Die Inanspruchnahme der Fahndungshilfe durch Publikationsorgane sowie die Nutzung des Internets oder anderer elektronischer Kommunikationsmittel zur Fahndung für andere Aufgaben, insbesondere für präventivpolizeiliche Zwecke, zur Identifizierung von unbekannten Toten, zur Auffindung von Vermissten sowie die Sachfahndung bleiben von dieser Regelung unberührt. Dies gilt auch dann, wenn die Fahndungshilfe durch die Medien für eine andere Aufgabe in Anspruch genommen wird, zugleich aber auch der Strafverfolgung dient und die andere öffentliche Aufgabe vorrangig ist.

5 Auskünfte an Publikationsorgane aus anderen Gründen

Das Informationsrecht, das den Publikationsorganen nach dem Presserecht zusteht, sowie Auskünfte (insbesondere nach § 475 StPO) und Mitteilungen von Amts wegen, die nicht auf Öffentlichkeitsfahndung abzielen, bleiben von dieser Regelung unberührt.

Fachbegriffe

Abklärung	Zielgerichtetes Erlangen von Informationen über Personen, Sachen und Spuren sowie deren abschließende Bewertung
Alarmfahndung	Aus akutem Anlass schlagartig durchgeführte gezielte Suche nach Personen oder Sachen
Alphanumerische Kennzeichnung	Individuelle Kennzeichnung von Gegenständen mit Ziffern- und Buchstabenreihen
Aufenthaltsermittlung	Feststellen der ladungsfähigen Anschrift
Ausländerrechtlicher Durchfahndungszweck	Planmäßige Suche nach Personen zur führung ausländerrechtlicher Maßnahmen
Ausschreibung	Aufnahme von Fahndungsdaten in Fahndungshilfsmittel
Begleitpapier	Durch die zuständige Staatsanwaltschaft auszufüllendes, in allen Schengen-Staaten einheitliches Formular hinsichtlich fahndungsrelevanter Angaben zum Gesuchten und zum zugrunde liegenden Sachverhalt
Bundesalarmfahndung	Alarmfahndung, die grundsätzlich das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland umfasst. Sie besteht aus den jeweiligen Landesalarmfahndungen und der Grenzalarmfahndung
Fahndung in Datennetzen	Systematische Suche zum Feststellen polizeilich relevanter Sachverhalte, insbesondere Straftaten in den verschiedenen Bereichen des Internets, der Online-Dienste sowie anderer Datennetze
Fahndungsabschnitt	Teil eines Fahndungsraumes
Fahndungsauftrag	Festlegung des taktischen Ziels - im Befehl auch der taktischen Maßnahmen - und ggf. der Schwerpunkte der Fahndung
Fahndungsdaten	Gesicherte Informationen zur Beschreibung bzw. Ausschreibung gesuchter Personen oder Sachen
Fahndungsersuchen	Fahndungsinformationen für bestimmte Empfänger mit der Bitte um Beteiligung an der Fahndung
Fahndungshilfsmittel	Informationssysteme, Dateien und Unterlagen, welche die Suche nach Personen oder Sachen ermöglichen oder unterstützen
Fahndungsinformation	Fahndungsrelevante Feststellungen, insbesondere über Täter, Tathergang, Bewaffnung, Fluchtzeit, Fluchtweg, Fluchtfahrzeuge, Zeugen, Beweismittel

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Anlage 14

Fahndungsraum	Festgelegter Bereich zur Fahndung, ggf. unterteilt in Fahndungsabschnitte
Fahndungsschwerpunkt	Festgelegte Örtlichkeiten, auf die die Fahndung konzentriert wird
gezielte Kontrolle	Durch andere Schengen-Staaten mögliche Maßnahme, die in der Bundesrepublik Deutschland als verdeckte Registrierung (Polizeiliche Beobachtung) durchgeführt wird
Grenzalarmfahndung	Alarmfahndung, die die Grenze der Bundesrepublik Deutschland bis zu einer Tiefe von 30 km (bei seewärtiger Begrenzung bis zu einer Tiefe von 50 km) sowie die Seehäfen und die Flugplätze gemäß LuftVG, die für den grenzüberschreitenden Verkehr zugelassen sind, umfasst
herausragende Fahndungslage	Lage, die insbesondere gekennzeichnet ist durch <ul style="list-style-type: none">- Schwere der Tat und ihrer Sozialschädlichkeit- fortbestehende Bedrohung für die Öffentlichkeit im Zuge der Flucht von Gefangenen- konkretes Täter-/Fluchtverhalten- erhöhtes Öffentlichkeits-/Medieninteresse
Internationale Fahndung	Suche nach Personen oder Sachen <ul style="list-style-type: none">- im Ausland auf Ersuchen einer inländischen Polizeidienststelle oder Justizbehörde- im Inland auf Ersuchen einer ausländischen Polizeidienststelle oder Justizbehörde
Kontrollliste	Formblatt zum Erfassen fahndungsrelevanter Informationen, die in der Regel an Kontrollstellen erhoben werden
Landesalarmfahndung	Alarmfahndung, die das Gebiet eines Landes umfasst
Laufzeit	Dauer einer Ausschreibung in Fahndungshilfsmitteln
Öffentlichkeitsfahndung	Suche nach Personen oder Sachen unter Inanspruchnahme der Bevölkerung
Personagramm	Schematische Darstellung aller wesentlichen Informationen, die eine Person betreffen, in kurzer, übersichtlicher Form
Rasterfahndung	Maschinell ablaufende Suche in übermittelten Datenbeständen öffentlicher und nicht-öffentlicher Stellen nach bestimmten Prüfungsmerkmalen (Rastern)

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

noch Anlage 14

Registriergeld Banken	Von Geldinstituten bereit gehaltene Banknoten, deren Individualnummern registriert sind und die bei Raubüberfällen gezielt herausgegeben werden
Ringalarmfahndung	Alarmfahndung, bei der grundsätzlich an ringförmig um den Tatort bzw. Feststellungsort in einem jeweils anzuordnenden Radius festgelegten Kontrollstellen und im Innern des Fahndungsringes gesucht wird
Schleppnetzfahndung	Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten in einer Datei für Zwecke der Strafverfolgung, wenn diese Daten bei einer grenzpolizeilichen Kontrolle oder einer Kontrollstelle i.S. des § 111 StPO erhoben worden sind
Schwerpunktfahndung	Planmäßig vorbereitete, befristete, gezielte, mit Einsatzschwerpunkten durchgeführte Suche nach Personen oder Sachen
Tatortbereichsfahndung	Gezielte Suche nach Personen oder Sachen aus aktuellem Anlass in einem begrenzten Raum um den Tatort; hierzu zählen auch Fund- oder andere Ereignisorte
Verdachts- und ereignisunabhängige Fahndung	Suche nach Personen oder Sachen zur vorbeugenden Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität
verdeckte Registrierung	In Art. 99 SDÜ für die Schengen-Staaten vorgesehene Maßnahme, die in der Bundesrepublik Deutschland als Polizeiliche Beobachtung durchgeführt wird
Verkehrswegesofortfahndung	Suche nach Personen oder Sachen, bei der ausgehend vom Tatort unter entsprechender Weg-Zeit-Berechnung auf oder an Verkehrswegen Kontrollen, z.B. Durchfahrtkontrollen oder Anhaltekontrollen, durchgeführt werden
Vorrangfahndung	Suche nach einem festgelegten Kreis von Personen, die von Strafverfolgungsbehörden zur Festnahme gesucht werden und die Allgemeinheit besonders beunruhigen oder die öffentliche Sicherheit in hohem Maße gefährden
Zentralstellen der Länder und des Bundes	<ul style="list-style-type: none">- Bundeskriminalamt- Landeskriminalämter- Bundespolizeidirektion- Zollkriminalamt
Zielfahndung	Gezielte, intensive, operative Suche nach einzelnen, bereits identifizierten Personen, deren Festnahme oder Ingewahrsamnahme von besonderer Bedeutung ist

Abkürzungsverzeichnis

AFIS	Automatisiertes Identifizierungssystem	Fingerabdruck-
AufenthG	Aufenthaltsgesetz	
ASF	Automated Search Facilities	
ASF-Nominal Database	ASF-Personen	
ASF-Stolen Vehicles	ASF-gestohlene Fahrzeuge	
ASF-Stolen Works of Art	ASF-gestohlene Kunstgegenstände	
ASF-Bulletin Board Services	ASF-Unterlagensammlung	
ASF-Stolen Travel Documents	ASF-gestohlene Reisedokumente	
AZR	Ausländerzentralregister	
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	
BKA	Bundeskriminalamt	
BKBl.	Bundeskriminalblatt	
DAD	DNA-Analyse-Datei	
EU	Europäische Union	
EUCARIS	European Car and Driving License Information System/Europäisches Fahrzeug- und Führerschein-Informationssystem	
EuFID	Europäische Fahrzeugidentifizierungsdatei	
FINAS	Fahrzeug-Identifizierungs-Nummern-Auswertungs-System	
IfSG	Infektionsschutzgesetz	
INPOL	Informationssystem der Polizei	
IKPO-Interpol	Internationale Organisation	Kriminalpolizeiliche
IRG	Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen	
ISU	Informationssystem Urkunden	
KPMD	Kriminalpolizeilicher Meldedienst	
LKA	Landeskriminalamt	

VS - NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

noch Anlage 15

LKÄ	Landeskriminalämter
LKBI.	Landeskriminalblatt
LUNAGen	Leuchtdaten für Unfallfluchtnachforschungen
NCIC	National Crime Information Center
RAKK	Recherche amtlicher Kfz-Kennzeichen
RiStBV	Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren
RiVAST	Richtlinien für den Verkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen Angelegenheiten
Schengen-Staaten	Staaten, die den Schengener Besitzstand anwenden
SCHUFA	Schutzgemeinschaft für die allgemeine Kreditsicherung GmbH
SDÜ	Schengener Durchführungsübereinkommen
SIS	Schengener Informationssystem
SIRENE	Supplementary Information Request at the National Entry
SPUDOK	Spuren-Dokumentations-System
VERMI/UTOT	Datei Vermisste/unbekannte Tote
VIN-ASSIST	einheitliches Plausibilitätsprogramm für Fahrzeugidentifizierungsnummern nord-amerikanischer Fahrzeuge
VZR	Verkehrszentralregister
WRECKS	Hinweise zur Ermittlung und Verhinderung von Schrottfälschungen von Kfz
ZAS	Zentrale Autolacksammlung
ZEVIS	Zentrales Verkehrsinformationssystem des Kraftfahrtbundesamtes (KBA)
ZFZR	Zentrales Fahrzeugregister